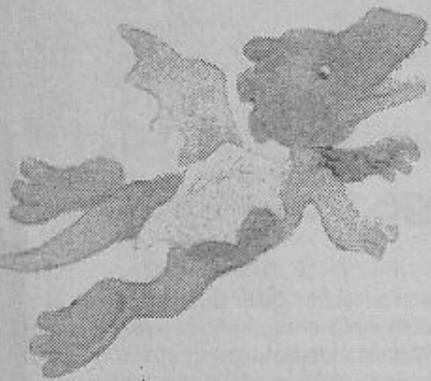


SP/16

Kostenlos!

Ausgabe Neun

März/April 1998



# tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

**Solinger CDU findet:**

**Kohl ist Schandfleck in der Passage!**



**Wird die Passage  
jetzt privatisiert?**

2

**Wer schützt den**

**Wald vor der**

**Schutzgemeinschaft?**

5

**Rassismus in Solingen:**

**Chronologie und**

**Demonstration**

8 + 9

**Aktuelles vom Wider-**

**stand in Ahaus**

14

# Inhalt

CDU will die Passage privatisieren 2

Wird der Graf-Wilhelm-Platz zum Kommunikationsort? 3

Was sonst noch in Solingen geschah  
Ein subjektiver Rückblick auf die vergangenen letzten drei Monate 4

Wer schützt den Wald vor der Schutzgemeinschaft deutscher Wald?  
Dem Wald geht es immer schlechter, der Schutzgemeinschaft immer besser 5-7

Chronologie faschistischer Aktivitäten in Raum Solingen-Langenfeld-Leverkusen 1997 8

Demonstration gegen Naziterror und Rassismus 9

Studentenstreik's Folgen  
Schluß mit Lustig? 10 11

Hexenblatt  
Schreibende Frauen gesucht 12  
"Wenn Frauen Frauen lieben"  
Neues Beratungsangebot für Lesben in Wuppertal und Umgebung 13

Nix-Nach-Ahaus  
Aktuelles vom Widerstand in Ahaus 14

Der Natur ein Zuhause  
Biologische Station wurde in Solingen gegründet 15

Bürger machen Wind zu Strom  
Interessengemeinschaft möchte Windrad in Haan oder Umgebung aufstellen 16

Klima, Wetter, Stau und Verkehr  
Oder über die Logik des automobilen Wahnsinn 17

Sozialhilfekürzung bleibt als Drohung im Programm 18

Saddam Hussein und die neue Weltordnung 19

Die nationalen Interessen der USA im Irak-Konflikt  
Buchtip: Erinnerungen an den Versuch, mit einer Luftpumpe die Windrichtung zu ändern 20

Interview: David Precht 21

LeserInnenbriefe 23

Gruppen, Bürgerfunk, Termine, 5 Jahre danach 24

## Nach erfolglosem Zensurversuch: Jetzt will die CDU die Passage privatisieren!

Im Sommer letzten Jahres fand die "Bärenwoche" in Solingen statt. Dies war eine Aktionswoche zur internationalen Verständigung, organisiert vom Jugendamt, dem SCI und SOS-Rassismus. Dabei wurde in einer Arbeitsgruppe nach den Vorstellungen der beteiligten Jugendlichen von diesen gemeinsam mit Künstlern ein großes Graffiti in der Turmpassage Richtung Ohliger Tor gesprüht. Die CDU stellte daraufhin eine Anfrage, wer für diese "tendenziösen" Darstellungen verantwortlich sei: "Aus unserer Sicht wäre die Zustimmung der Bezirksvertretung Mitte für die Anbringung derartiger Darstellungen notwendig gewesen, da es sich um eine massive Veränderung des Stadtbildes handelt". In der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 29. 1. kam es dann noch doller: Die CDU beantragte, "die beanstandeten Graffiti zu entfernen und künftige der BV im Entwurf vorzulegen und abstimmen zu lassen". Frau Nagy von der CDU: "Von mir aus kann SOS-Rassismus das in seinen eigenen Wänden darstellen."

Nun ist es eine lange Tradition der Konservativen, zu meinen, alles was an künstlerischer oder sozialer Äußerung im öffentlichen Raum stattfindet, zensieren zu können. Ihre Zensurversuche in Solingen sind zahlreich: Als sie vor 1984 mit der FDP noch die Mehrheit im Stadtrat hatte, wurden dem lokalen Bürgerfernsehen Kanal 4 die Gelder wegen unbotmäßiger Berichterstattung gestrichen, Manfred Krauses Vortragsreihe zur Sozialgeschichte von Solingen wurde aus dem VHS-Programm gestrichen ... Seit sie keine Mehrheit mehr hat, wird das etwas schwieriger: Der Versuch, die Veranstaltungsreihe von Jugendamt und Getaway zu stoppen, nachdem Gregor Gysi hier aufgetreten war, scheiterte. Und auch in der BV-Mitte hatte die CDU kein Glück: SPD, Grüne und sogar die FDP lehnten den Zensurversuch ab. Die CDU schäumte anschließend in einer Presseerklärung jedoch weiter: "Es ist schon erstaunlich, daß die Verschandelung öffentlicher Flächen in der Innenstadt durch Graffiti-Sprühereien in der Turmpassage von Rot/Grün als normal angesehen wird." Hier offenbart sich wieder einmal die Unfähigkeit der CDU, auf kulturelle Äußerungen jenseits von Rumtata, Mundartburleske oder Oper anders als mit Zensur zu reagieren - zuletzt bei der Groteske zum Techno-Wagen-Verbot durch Ex-CDU-Mitte-Chef Sommer zu beobachten. Aber es steckt mehr dahinter: Am 11. 2. wurde die Katze dann vollends aus

dem Sack gelassen. "Der Zustand der Passage ist nicht mehr akzeptabel, so die Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU, Gudrun Wüsthof ... Wüsthof schlägt deshalb vor, die Passage zu privatisieren und in Erbpacht an Karstadt zu geben. Die Passage könnte dadurch zu einer privatrechtlichen Straße werden. Die Sicherheit könnte dann durch private Kräfte gewährleistet werden." (SM 11. 2. 1998) Das würde ihnen so passen: Nachdem der öf-



Foto: Dietmar Galda

### Privatisierung mit (un)sauberem Schnitt!

fentliche Platz Mühlenhof fast vollständig privatisiert wurde, soll als nächstes die Passage, eine von den SolingerInnen sehr stark genutzte öffentliche Wegefläche, nur noch nach Gutdünken des Inhabers betreten und genutzt werden dürfen.

Mit allen Folgen: Schwarze Sherrifs mit Hausrecht vertreiben BettlerInnen und MusikerInnen, Obdachlose und herumstehende Jugendliche, die nicht genügend kaufen können oder wollen, werden nach draußen in die Kälte geschickt, politische Infostände können hier nicht mehr stattfinden, Wandbemalungen und Graffitis gibt's nicht mehr, oder nur noch nach Willen des "Eigentümers"...

Dietmar Galda

## Wird der Graf-Wilhelm-Platz zum Kommunikationsort?

**Denk ich an die Innenstadt in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht ...**

Nach dem Abholzen der Bäume am Ufergarten, am Birkenweiher und am Mühlenplatz, nach der dauerhaften Verdrängung von Obdachlosen, Jugendlichen, RentnerInnen von diesem Platz könnte man meinen, das Kapitel Innenstadt würde besser endgültig unter dem Muff von 624 Jahren begraben. Aber es gibt auch Hoffnungsschimmer: Anfang des Jahres beschlossen die BV-Mitte und der Stadtplanungsausschuss die Umgestaltung des Graf-Wilhelm-Platzes/Neumarktes. Hier sollen "große Bäume" gepflanzt werden, Kinderspiel und Streetball ermöglicht werden. Das Konzept will dabei "soziale Randgruppen nicht verdrängen, unter sozialer Kontrolle Aufenthalt ermöglichen."

Grundvoraussetzung für die Umgestaltung des Graf-Wilhelm-Platzes ist dabei, daß die Busstege weitgehend auf die demnächst stark verkehrsberuhigte Köhler Str. verlagert werden und daß die heute hier nur während der Pausen abgestellten Busse an einem weniger zentralen Ort geparkt werden.

Die Pläne zur Umgestaltung dieses Platzes sind auch ein Resultat des Beschlusses von Grünen und SPD in der Bezirksvertretung Mitte vom 5. 6. 1997, der die Verwaltung beauftragte, "umgehend Planungen zu erstellen und vorzulegen, auf welche Weise

- der im Zuge der Bebauung des Mühlenplatzes nicht ausgleichende Anteil der vollen Kompensation des ökologischen und klimatischen Eingriffs durch Bepflanzungen in anderen Bereichen der City auszugleichen ist, - die sozialen Funktionen des Mühlenplatzes wie Kommunikation, Freizeitaktivitäten (u.a.

Streetball, Schachspielen und Aufenthalt an den Wasserspielen), Veranstaltungsort (z. B. Zöppkesmarkt, Maikundgebung und Feste) sowie die Funktionen als Aufenthaltsort für soziale Randgruppen und als Treffpunkt mehrerer

ausgewählte BürgerInnen erstellen unter Anleitung der Verwaltung einen Planungsvorschlag), eine Passantenbefragung, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über den Jugendstadtrat, die Jugendkonferenz Ende Mai und eine eigene Planungszelle, die Integration von Randgruppen, Frauengruppen, Ausländern und City-Management in die Planung vor. Das Konzept wurde von der Bezirksvertretung erweitert um eine für alle offene Bürgerversammlung und offene Workshops für Kinder und Jugendliche.

Wie der Graf-Wilhelm-Platz demnächst tatsächlich umgestaltet wird, ist offen. Wird dabei mehr Rücksicht auf die Interessen derjenigen genommen, die die Innenstadt als reinen Konsumort begreifen oder entsteht hier ein Ort, an dem sich Kinder, Jugendliche, Obdachlose, Arbeitslose, RentnerInnen und alle, die sich ohne Konsumzwang in der Innenstadt treffen wollen, aufhalten können und wollen? Die Antwort wird auch davon abhängen, ob sich die Menschen in die öffentliche Diskussion zur Umgestaltung einmischen und bei den verschiedenen Bürgerbeteiligungsterminen zu Wort melden.

Dietmar Galda



Foto: Rataplan

Generationen am vorhandenen Standort gehalten werden können, bzw. welche anderen Plätze und öffentlichen Räume in der City diese Funktionen übernehmen sollen."

Das Konzept der Verwaltung zur Bürgerbeteiligung sieht eine Planungszelle (zufällig

## Übernahme der Azubis bei Henckels

**Diejenigen, welche für ihre Rechte kämpfen sollen exemplarisch bestraft werden**

Die Auseinandersetzung um die Übernahme des vierten Lehrjahres bei Henckels/Zwillingswerke ist in Solingen und darüber hinaus zum Thema geworden, insbesondere nachdem die Firma gerichtlich gezwungen wurde, drei Jugendliche weiter zu beschäftigen.

Wie die Firma, welche lobenswerterweise im Verhältnis zu anderen Betrieben eine hohe Ausbildungsquote hat, auf die rebellischen Azubis reagiert, ist beschämend für ein modernes Weltunternehmen, wie es die Zwillingswerke gerne sein möchten. Obwohl die Lehrlinge sich lediglich dagegen gewehrt hatten, nach einer dreieinhalbjährigen Berufsausbildung nicht auf der Straße zu stehen, wird ihnen jetzt die Schuld dafür in die Schuhe geschoben, daß in der Zukunft noch weniger ausgebildet werden soll. Und weil die Firmenleitung vor dem Arbeitsgericht damit argumentiert hatte, daß zu wenig Arbeit da sei um die Lehrlinge übernehmen zu kön-

nen, wird den zwangsweise Übernommenen die Arbeit verboten.

Gleichzeitig müssen einige Abteilungen bei Henckels bis zu 45 Stunden in der Woche arbeiten. Bei der Lebenshilfwerkstatt wurden ebenfalls ca. 10 Behinderte angefordert, weil so viel zu tun sei. Meistern, die über das Personalbüro Arbeitskräfte anfordern, wird verboten die Ausgelernten zu beschäftigen und selbst vor solchen kleinlichen Schikanen, daß den beiden Jugendvertretern "versehentlich" die Magnetkarte gesperrt wurde, ist man sich "nicht fies vor".

"In Solingen wurden allein im letzten Jahr 1242 Arbeitsplätze abgebaut, und die Zahl derer, die nach der Lehre nicht übernommen werden, wird immer größer", schreibt die IG-Metall und fordert: Unbefristete Übernahme aller Ausgelernten! Keine Bestrafung von aktiven und engagierten Leuten! Für weitere Solidaritätsaktionen und Austausch unter Azubis und Kollege - für Ausbildung, Übernahme und Arbeit bundesweit!

H.O. Bones

### An unsere LeserInnen

Wir brauchen weiter Eure Unterstützung! Wir freuen uns über Abos und Anzeigenaufträge. Ganz besonders aber über neue MitarbeiterInnen! Da das Bibi gekündigt werden mußte, nachdem die Grünen sich repräsentativere Räume anmieteten, könnt Ihr uns dort noch bis zum 31.3. erreichen und danach weiterhin schriftlich über eine Postnachsendung unter alter Adresse. Wenn Ihr wißt, wo Räume für ein neues Bürgerinitiativbüro anmietbar wären oder Ihr Lust habt, Räume mit uns gemeinsam zu nutzen, meldet Euch bitte!

Eure tacheles-Redaktion

# Was sonst noch in Solingen geschah

## Ein subjektiver Rückblick auf die vergangenen letzten drei Monate

Die **tacheles** Redaktion hat sich vorgenommen umfassender über das Geschehen in Solingen zu informieren, deshalb wollen wir in Zukunft einen Blick auf die Ereignisse zurückwerfen, die nach dem Erscheinungsdatum der letzten **tacheles** die Stadt im Bann gehalten haben und über die wir nicht berichten. Hierzu gehört auch ein etwas intensiveres Studium der beiden Solinger Tageszeitungen (ST u. SM), die ja hauptsächlich die öffentliche Meinung über die kommunalen Geschehnisse bestimmen. Dieses erste Mal werden einige Aspekte (Betriebs-schließungen, Stadtwerkefusion etc.) außer Acht gelassen, da der Verfasser dieser Zeilen leider nicht genug Disziplin aufbrachte rechtzeitig alles zu verarbeiten

Immer wieder auffallend bei der Lektüre des **ST** und der **SM** ist, daß diese davon ausgehen, daß in Solingen zwei verschiedene Arten von Bürgern leben. Bei den Berichten über Kapitalverbrechen oder den Gerichtsreportagen liest man permanent entweder über den Solinger der etwas verbrochen hat, oder den Türken oder Italiener, der dies oder das angestellt hat. Scheinbar ist der vielleicht schon seit seiner Geburt hier lebende Bürger ausländischer Nationalität gar kein Solinger. Wir fragen uns deshalb weiter, ob der Solinger Verbrecher in Wahrheit nicht doch ein in Wuppertal oder noch wahrscheinlicher gar ein in Remscheid Geborener ist. Und falls dies nicht der Fall sein sollte, wäre eine Aufschlüsselung nach Ortsteilen von enormen

journalistischen Interesse, denn auch fast siebenzig Jahre nach dem Zusammenschluß der fünf einst selbständigen Gemeinden, gibt es immer noch genügend Vorbehalte gegen die anderen Stadtteile. Das Böse kommt aus Ohligs oder Höhscheid ..., oder vielleicht aber auch nur aus der Mummstr. und dem Eiland.

In den Ausgaben des **ST** vom 7.1. und 10.1 beschäftigt sich Stefan M. Kob mit dem **Ende des Bibi**. Genüßlich stellt er fest, daß die Grünen eine völlig etablierte Partei geworden sind und fordert zu unserer Begeisterung die Grünen auf, ihr neues Büro in der Clemens Galerie einzurichten. Auch wenn er mit großer Freude in seinen Artikeln, die von uns gewählten Metaphern (Schmuddelkinder, Geburtshelfer etc.) übernimmt, scheint er keine hohe Meinung von uns zu haben, sieht er doch in uns ein linkes Kampfblatt. Da rufen wir beleidigt (und um ihn in seiner Meinung über uns zu stärken) zurück, du lohnschreibender Scherge des Kapitals, du der nicht mal **tacheles** richtig schreiben kannst.

Im **ST** vom 29.11. bestätigt unser OB unsere Vermutung, daß mit der **Umgestaltung des Mühlenplatzes** verschiedene soziale Gruppen aus der Stadtmitte vertrieben werden sollen. Im Tageblatt wird er so zitiert: „Man muß mit diesen Menschen gemeinsam eine Lösung finden. Verdrängen allein genügt nicht.“ Was Herr Uibel mit diesen Mitbürgern vorhat, bleibt ganz und allein der Phantasie unserer Leser überlassen.

Perfide in diesem Zusammenhang finden wir, daß **Obdachlose**, die am Karnevalszug als Vertriebene vom Mühlenhof teilnahmen, von der Jury, die die schönsten nicht professionellen Wagen auszeichnete, einen Sonderpreis erhielten. Erst verdrängen die Honoratioren dieser Stadt mißliebige Mitbürger aus der City, um dann bei Karneval den Protest mit sage und schreibe 100,- DM zu würdigen. Nicht mal ihr „soziales Gewissen“ ist ihnen mehr wert.

Daß die Solinger Jecken einen eigenartigen Humor haben bewiesen sie auch, als sie den **Techno-Wagen** vom diesjährigen Umzug ausschlossen. Nach massiven Protesten darf dieser jedoch nächstes Mal wieder teilnehmen. Die Initiatoren überlegen sich aber, ob sie nächstes Jahr nicht nach Wuppertal ausweichen sollen. Der Ausschluß war passend zum Motto des Zuges „Typisch Solig“, hier ist einfach kein Platz für die Jugend oder andersartiger Kultur. Auch wenn sich durch die **Eröffnung des Havanna-Clubs** (in dessen Räumen unser Che mal wieder verkitscht wird) und der wiedergegebenen Nachtkonzession für die Libelle ein bißchen im Solinger Nachleben getan hat, treffen uns zwei vorläufige Schließungen gravierender. Die **Cobra** wird umgebaut und vom Solin-

ger Gastronom Jungk übernommen. Es ist zu befürchten, daß nun das Gräfrather Flair auch noch nach Merscheid getragen werden soll. Außerdem hat der Keller zu. **Coco wir vermissen dich!** Komm sofort zurück!

Auch das **Getaway** gibt Anlaß zur Sorge. Ende des Jahres wurde bekannt, daß ausländisch aussehenden Besuchern der Zutritt verwehrt wurde. Laut Get trugen hauptsächlich diese Gruppen den Drogenhandel in die Disco und benahmen sich unzüchtig gegenüber dem weiblichen Geschlecht. Diese generelle Einlaßsperre wurde inzwischen aufgehoben. Hausverbote gegen die vermehrt dort verkehrenden rechten Skins gab es jedoch noch nicht in diesem Umfang. Wir bleiben in dieser Frage am Ball und werden in der nächsten Ausgabe ausführlich über dieses Thema berichten.

Nicht nur im Get machen sich **rechte Skins** breit. Insbesondere in Ohligs und Wald treten sie immer massiver auf. Ende November randalierten 15 Skinheads in Wald und wehrten sich gegen eine polizeiliche Überprüfung ihrer Personalien. In Ohligs schlug ein Skin einen Besucher bei Verlassen einer Gaststätte mit einem Schlagring nieder. Der Held konnte sich in dieser Situation seiner sicher sein, da er von etwa dreißig Glatzen begleitet wurde.

Passend zur wieder aufkommenden rechten Gewalt wurde am 9.1. in Ohligs das **Landeszentrum für Zuwanderung** eröffnet. Wie die Behörden in Solingen mit Zuwanderern umgehen erfuhren ein **tschechischer Eishockeyspieler** und eine Bosnierin. Der Tscheche hatte eine Ausbildung als Krankenpfleger beendet und war über die Weihnachtstage in seiner Heimat. Seine deutsche Freundin beauftragte er in dieser Zeit seine Aufenthaltserlaubnis zu verlängern. Der zuständige Beamte zog den Paß des Tschechen daraufhin ein, als die Freundin den Antrag stellen wollte. Erst nach wütenden Protesten erhielt sie diesen zurück. Eine Aufenthaltsgenehmigung wurde nicht erteilt, obwohl er den Nachweis erbringen konnte eine neue Stelle zu haben. Pech gehabt, würde er besser Eishockey spielen und in der Lage sein, Nationalspieler zu werden, hätte sich sicher sogar Herr Kinkel für ihn eingesetzt. Jetzt gilt: ab dafür. Die **Bosnierin** wurde in einer Dezembernacht von Mitarbeitern eines Übergangswohnheim auf die Straße gesetzt. Sie hatte nur dünne Kleidung an und ihre drei Kinder dabei, darunter ein acht Tage altes Baby. Unterstützung fand die Frau zum Glück von einer couragierten Nachbarin. Das Landeszentrum scheint in der richtigen Stadt plaziert zu sein. Die **Solinger Verwaltung** hat bewiesen, daß sie bis in den untersten Etagen hinein bereit ist, die jetzige Flüchtlings- und Ausländerpolitik im voraus-eilenden Gehorsam zu erfüllen. **Gerd Kunde**

Planung  
Gestaltung  
Ausführung  
Mietmöbel  
Grafik

Systembau  
Konventionell  
Kombiniert

alfa Messebau  
Augustinerstr. 18  
42719 Solingen  
Tel.: (02 12) 31 06 61  
Fax: (02 12) 31 15 59

# Wer schützt den Wald vor der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ?

Dem Wald geht's immer schlechter, der Schutzgemeinschaft immer besser

*"Damals als in unseren Wäldern fremde Kolonnen mit rauen Ausbeutungsmethoden alle abfuhrbegünstigten Altholzvorräte niederschlugen ... war die Empörung größer als die Furcht! Sie war der erste sichtbare Zorn, der aus der Öffentlichkeit den Siegern entgegenschlug. Es war, wie ein britischer Politiker erklärte, die erste nationale Regung seit dem totalen Zusammenbruch 1945! Und die wurde wegen des zerschlagenen Waldes gewagt! ... Damals klirrten auf den Straßen fremde Panzer ... in jedem von uns saß noch das Bangen, vor allem vor Uniformen, zumal vor fremden. ... Holz galt als ein Reparationsgut ... Schlägertrupps aus Fremdarbeitern schlugen kahl, wo es für sie am bequemsten war. ... Jede Gründung eines Landesverbandes war zwar ein Appell an die Öffentlichkeit gewesen, primär aber ein lautstarker, zudem legaler Protest unmittelbar an die Adresse der Besatzungsmächte. ... die den von den Siegermächten praktizierten Raubbau am deutschen Wald Paroli bieten sollte. Das war damals Umweltschutz von geradezu verwegener Art, ... Anfangs hatten wir vornehmlich den Bestand im Visier, vor allem seine von der Besatzungsmacht beanspruchten Holzmassen ..."*

## Die erste nationale Regung nach 1945

Was hier im traditionellen deutsch-nationalen Slang geschrieben wurde, ist keine Erklärung der NPD. Es handelt sich um die Gedanken von Dr. Erich Hornsmann, dem Gründungs- und Ehrenmitglied der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), veröffentlicht im Jubiläumshft - 50 Jahre SDW - in der Zeitschrift "Unser Wald".

Dank dieser Erinnerungen über die Geburtsstunde der SDW wissen wir nun, daß für die Väter (Mütter kommen in diesem Männerverein nicht vor) der SDW Naturschutz lediglich ein sekundäres, "zudem legales" Vehikel für "die erste nationale Regung" war, wobei "primär" der Protest gegen die Alliierten, welche Nazi-Deutschland vom Faschismus befreit hatten, im Vordergrund stand. Soweit zu den historisch-politischen Beweggründen der SDW, die übrigens nahezu nahtlos an die revanchistische Taktik nach dem Ersten Weltkrieg anknüpft, wo der Kampf gegen die Reparationszahlungen ebenfalls als Aufhänger für eine deutsch-nationale Wiedergeburt mißbraucht wurde.

Was die ökonomischen Interessen angeht, so verrät uns der Ex-Landesvorsitzende der SDW Bayerns, Dr. Erich Hornsmann, daß es "vornehmlich" um die "von der Besatzungsmacht beanspruchten Holzmassen" ging. Der Deut-

sche Wald aber gehört den deutschen Großgrund- und Waldbesitzern (u. a. auch dem preußischen Waldadel), die gemeinsam mit der Schwerindustrie Hitler gesponsert und das deutsche Volk in den Krieg getrieben hatten.

In diesem Sinne verstand sich die SDW als eine Schutzgemeinschaft der Interessen der privaten Waldwirtschaft. Zwei Jahre nach Kriegsende erschien die Zeit wohl noch nicht reif, um mit "offenem Visier" für deren Besitzstand einzutreten, und was lag da näher, als sich mit dem Deckmantel Naturschutz zu tarnen.

Hinter den Worten eines Reinhard Freiherr von Schorlemer, der von 1988 bis 1992 Bundesvorsitzender der SDW war und derzeit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer vorsteht - "Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald arbeiten seit vielen Jahren auf vielfältige Weise zusammen." ( unser Wald Juni '97 ) - verbirgt sich folgerichtig das innigste Abhängigkeitsverhältnis dieser beiden Verbände, von Anfang an.

## Vom politischen Stoßtrupp zum Lobbyist

Im Laufe der Zeit hat sich die Aufgabenteilung zwischen Waldschützern und Waldbesitzern natürlich modifiziert. Die SDW hat sich vom politischen Stoßtrupp für die Wald-, Holz- und Forstwirtschaft zu einem Image- und Marketinglobbyisten gemausert, wobei die Naturschützer-Tarnung immer noch die besten Dienste leistet. Schließlich steht der Feind heute nicht mehr im Lager der "Sieger- und Besatzungsmächte", sondern in den Reihen konkurrierender grün-alternativer Bewegungen, die mit ihren "radikal-ökologischen Phantasien" eine Art kultureller Hegemonie erreichen könnten, was den kurz-sichtigen Profitinteressen der Wirtschaft sicherlich nicht dienlich sein kann.

So sinniert C.F. Graf Brockdorff, der von 1984 bis 1988 die SDW anführte, über die Folgen eines Zeitgeistes, der anstatt von "Landnutzern" von "Landschützern" bestimmt wird: "Man will einzelne Gebiete wieder in einen urwaldähnlichen Zustand zurückführen. Ob dies dem Gesamtwald zuträglich ist, wage ich zu bezweifeln. Man kann dies in vielen Teilen der Welt an derartigen Urwäldern sehen. Aus eigener jahrzehntelanger praktischer Erfahrung muß ich sagen, daß diese Waldbilder ökonomisch eine Katastrophe sind, ganz abgesehen davon, daß sie gleichzeitig Brutstätten ungezählter Schädlinge darstellen..."

Leider enthält sich der Blaublütige jeglicher Erklärung darüber, worauf er sich mit seiner Kritik

bezieht. Eventuell meint er den wohlgemeinten, aber relativ kümmerlichen Versuch der Landesregierung von NRW, Naturwaldzellen einzurichten, was natürlich die Interessen der Nutzwaldprofiteure einschränkt. Kaum vorstellbar wäre, daß er sich für die Abholzung des Regenwaldes ausspricht, weil da "ungezählte Schädlinge" gezüchtet würden, - wobei diesen Leuten Alles zuzutrauen ist. Wahrscheinlich jedoch wird hier einfach nur primitiv das populistische Vorurteil geschürt, welches besagt, daß ökologische Ideologen die ach so glücklich lebende Menschheit in die Steinzeit zurück katapultieren und aus der blühenden deutschen Kulturlandschaft einen Urwald machen wollen.

Herbert Offner, der 1954 in das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen wurde, und im Ernährungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages "alljährlich um die Gewährung des Bundeszuschusses kämpfen mußte (?) und dies nur mit dem Argument durchsetzen konnte, daß auch die Länder Zuschüsse an die SDW gewähren," (Unser Wald 7, 97 ) philosophiert da nicht ganz so plump. Seine These, wonach "das natürliche biologische Gleichgewicht zu zerstören, eine Katastrophe ist, es aber ebenso katastrophal sein kann, es wiederherstellen zu wollen," ist einer der Leitgedanken der SDW-Philosophie. Im Kern handelt es sich hierbei um eine Phrase. Genauso gut könnte man behaupten daß es schlimm ist, wenn jemand alkoholkrank oder drogensüchtig wird, es aber noch viel schlimmer sei, ihn zu entgiften.

## Verbalradikale Umweltrethorik contra Umweltschutz

Wie Offers These gedacht ist wird an konkreten Beispielen der SDW-Politik deutlich. Als die regierende SPD/Grüne-Koalition in der Klingenstein mangels Finanzmasse eines von fünf Freibädern meinte, schließen zu müssen, und sich aus ökologischen Gründen für das mitten in der Ohligser Heide gelegene Heidebad entschied, deutete der Bundesgeschäftsführer der SDW Bernd Krebs zwar in Naturschutzkreisen ein gewisses Verständnis für diese Maßnahme an. Als CDU-Funktionär powerte er jedoch für ein populistisches Bürgerbegehren, welches die Schließung des Heidebades verhindert. Die Chance seinen politischen Gegnern "einen auszuwischen", obsiegt wiederum über sein Naturschützergewissen. Bei der forstlichen Umwidmung im Bereich des Naturschutzgebietes Ohligser Heide zeigte der Vorsitzende des Landschaftsbeirates Krebs ebensowenig Ver-

**Eine ungewöhnliche Telefonnummer**

Irgendjemand hatte mir "gesteckt", daß die Solinger Waldschule der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald einen Telefonanschluß über die Stadtwerke haben sollte. Da ich die Waldschule im örtlichen Telefonbuch nicht finden konnte wählte ich die Zentrale der Stadtwerke mit der Nummer 29 50 an: "Können sie mich mit der Waldschule verbinden?"

Antwort: "Da müssen sie 29 00, die Zentrale der Stadt Solingen anrufen, die verbinden sie."

Ich wähle also die Nummer der Stadt Solingen 29 00 und stelle die gleiche Frage.

Antwort: "Das geht über die Stadtwerke. Ich kann Ihnen aber die Durchwahl geben - 29 54 21."

Gegenfrage: "Wieso hat die Waldschule denn eine Stadtwerkenummer?"

Antwort: "Ja, die gehört zu den Stadtwerken." Wenn das der Herr Krebs wüßte, der ist nämlich sowohl als auch .....

ständnis für die Herausnahme der Fichtenmonokulturen und anderen nichtstandortgerechten Holzarten, zugunsten einer artenreichen einheimischen Pflanzengesellschaft. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke Solingen versucht er bis zuletzt die Einführung einer kostengerechten Vergütung regenerativer Energien bei den Stadtwerken zu verhindern, genau wie beim RWE, wo er Vertreter der Stadt Solingen im Verband der kommunalen Aktionäre ist. Als Geschäftsführer der SDW lobt er den Agenda 21 - Prozeß, als CDU Ratsmitglied stimmt er gegen die Umsetzung desgleichen auf die kommunale Ebene. Als Redakteur der Verbandszeitschrift "Unser Wald" ist er stolz darauf, daß die Zeitung auf Papier gedruckt wird, welches aus "chlorfrei gebleichten Zellstoff" hergestellt wird, für den "ausschließlich Holz, das bei der Durchforstung unserer heimischen Wälder anfällt oder Restholz der verarbeitenden Industrie" verwandt wird. Als verantwortlicher Kommunalpolitiker versucht er jedoch, die Einführung der Altpapiernutzung im Bereich der Stadtverwaltung zu blockieren. Als Vertreter der angeblich "ältesten Naturschutzorganisation Deutschlands" fühlt er sich "geradezu verpflichtet, Bildbände über den tropischen Regenwald aufzulegen" und ein Regenwaldprojekt im Brasilianischen Urwald zu unterstützen. Als marktwirtschaftlich orientierter CDU-Mann in seiner Heimatstadt wendet er sich dagegen, bei städtischen Ausschreibungen die Einschränkung bzw. den Verzicht von Tropenholznutzung zu verlangen. Mit verbalradikaler Umweltrhetorik profiliert er sich gerne in der Presse als Gegner neuer, großer Straßenbauvorhaben, als Repräsentant der Solinger CDU trägt er deren Politik des Abbaus im Öffentlichen Personennahverkehr sowie der Zerstörung der für das Bergische Land typischen Bach- und Quelltäler (Vieh-

bach-/Lochbachtal) durch innerstädtische Autobahnen, voll und ganz mit. Wie sein SDW-Bundesvorsitzender Wolfgang von Geldern, hält er die Einrichtung von Golfplätzen für eine umweltpolitische Großtat, auch wenn dadurch letzte Reste von relativ naturbelassenen Reservaten verschwinden sollen. Krebs scheut sich sogar nicht über den 'Arbeitskreis zum Schutz von Tier und Natur', der sich im Dunstkreis der SDW befindet, von einer 25 000 DM Spende des größten Solinger Bauunternehmer und gerichtsnotorisch Volksverhetzer und Auschwitzleugner Kissel, mit zu profitieren.

**Bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald fällt der Apfel niemals weit vom Stamm.**

Der SDW-Präsident von 1980 bis 1984 ) war der ehemalige rheinland-pfälzische und thüringische Ministerpräsident **Bernhard Vogel** (CDU), ein BASF-Lobbyist, der Anfang der 80er Jahre, u.a. im Bundesrat, gegen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung polemisierte und sein Hauptverdienst während seiner SDW-Präsidentschaft darin sieht, in der Waldsterbediskussion gegen "düstere Prognosen ... die sich erfreulicherweise so nicht bewahrheitet haben", vorgegangen zu sein. Der mit 5500 Mitgliedern größte SDW-Landesverband Hessen, welcher sich noch 1994 gegen eine Verschärfung des Naturschutzgesetzes zugunsten einer naturnahen Waldwirtschaft wandte, wird von Landrat Jürgen Hasheider, einem "Spannmann" des Geschäftsführers Bernd Krebs, angeführt. Hasheider war in den 80er Jahren Baudezernent in Solingen, während Krebs Fraktionsvorsitzender der regierenden CDU war. Der Alibisozialdemokrat im ansonsten von CDU- und CSU-Funktionären dominierten Verband, erwies sich als inkompetent und hat als Kahlschlagssanierungs- und Straßenbaufetischist einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

**Das Sponsoring- und Marketinggeschäft der SDW**

In der Ausgabe der SDW-Verbandszeitschrift vom Juni 1997 erläutert Bundesgeschäftsführer Bernd Krebs die seit 1994 praktizierte Sponsoring- und Marketingstrategie der SDW. Weil es "vom Gesetzgeber festgeschriebene Vorgaben" gibt, "die die wirtschaftliche Betätigung für einen gemeinnützigen Verband einschränken, fast sogar unmöglich machen", habe man die "Unser Wald Marketing GmbH" gegründet. Mit einem Stammkapital von 50 000 Mark ist die SDW alleiniger Gesellschafter.

Und weil "die Ökowelle rollt", wobei es "kaum ein Produkt (gibt), das sich nicht mit dem Beinamen "Öko", "Bio" oder "Natur" schmückt, sollte der "Erfinder" des Naturschutzes (gemeint ist die SDW) "daraus wirtschaftlichen Nutzen ziehen können."

Als vordringliche Aufgabe der Marketingtochter betrachtet Krebs "die Erwirtschaftung von Lizenzgebühren für die beim Deutschen Patentamt in München warenzeichenrechtlich geschützten Embleme und Markenzeichen "Wald-Jugendspiele", "Grüner Runder Tisch", "Baum des Jahres", Deutsche Alleenstraße" und schließlich "Waldschulen" ...."

Im Klartext bedeutet das: Die SDW will doppelt abzocken! Als gemeinnütziger Naturschutzverband die mit Steuergeldern gefüllten Töpfe bei Bund, Land und Gemeinden, und als Marketinggesellschaft die Werbefonds der Industrie. Wobei es sich bei den Zuschüssen aus der "Öffentlichen Hand" für die SDW bei weiten nicht um "Peanuts" handeln dürfte. Immerhin hat Parteifreund Waigel an der Spitze der Deutschen Bundesstiftung Umwelt jährlich ca. 300 Millionen DM zur Verfügung und ist Parteifreundin Merkel über das Ministerium für Natur, Umwelt und Reaktorsicherheit die zweitgrößte Geldgeberin, die es sich, insbesondere für staatstragende und CDU/CSU-freundliche Umweltverbände, "anzusaugen" lohnt. Die Länder geben, je nach politischer Couleur, mal mehr oder weniger dazu, was bei der SDW sogar zu der revolutionären Überlegung geführt hat, in sozialdemokratisch regierten Ländern, SPD-Mitglieder als Landesfürsten zu küren. Nach dem Motto, wonach Kleinvieh auch Mist macht, greift die SDW zusätzlich in die Haushaltspötte vieler Städte und Gemeinden. Allein in Solingen wird die Waldschule der SDW jährlich mit 115 000 Mark bezuschußt - und es gibt viele Gemeinden in Deutschland.

Allerdings kann ein angeblich gemeinnütziger Verband keinen direkten Gewinn erwirtschaften. Das Geld, welches ihm zufließt, muß er "verbraten", indem er seinen Apparat ständig ver-

## SOS-Rassismus Solingen e.V.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

- ✦ organisiert Aktionen, Veranstaltungen und Projekte um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern (Internationale Festivals, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen etc.)
- ✦ berät, vermittelt und hilft Menschen, die rassistischen Bedrohungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sind
- ✦ ist im Bereich der Flüchtlings- und Asylarbeit aktiv
- ✦ arbeitet mit vielen Initiativen zusammen und unterstützt deren ehrenamtliche Arbeit.
- ✦ ist wachsam gegenüber ausländerfeindlichem Verhalten und rechtem Gedankengut.

Informationen unter: Postfach 10 11 91 - 42611 Solingen  
Telefon (0212) 20 10 00 Fax (0212) 20 51 37

Menschen, die sich gerne ehrenamtlich engagieren oder Mitglied werden wollen sind herzlich willkommen.

Spendenkonto 31310  
Stadtparkasse Solingen  
BLZ 34250000

größert und seinen Apparatschiks immer großzügigere Gehälter und "Entschädigungen" zukommen läßt. Die Leistung, für die die SDW vertabel mit öffentlichen Zuschüssen bedacht wird, ist seine Funktion, als traditioneller Naturschutzverband im Namen des Naturschutzes, wirklichen Naturschutz zu verhindern und das ökologische Versagen seiner politischen Klientel zu vertuschen. Jörg Bergstedt, ein kompetenter Insider zum Thema "Filz und Umweltverbände" (siehe "Junge Welt" 16.01.1998) charakterisiert die SDW folgendermaßen: "Der krasseste Fall einer Verflechtung von Staat und großem Umweltverband ist die SDW, die zudem noch bemerkenswerte Industriekontakte hat. Die Schutzgemeinschaft ist durch und durch staatsmännisch (Frauen gibt es wenige).

Die Basis der SDW sind die Förster, also ebenfalls Staats- und Gemeindebedienstete. Zusammen bilden sie einen Verband, der neben einer zurückhaltenden Öffentlichkeitsarbeit, ein bißchen Umweltpädagogik und praktischen Naturschutz, im politischen Raum, vor allem Lobbyarbeit betreibt."

Diese Formulierung trifft den Nagel auf den Kopf. Da wundert sich der gemeine Steuerzahler, warum es dem Wald immer schlechter geht, obwohl sich Umwelt- und Atomministern Merkel damit brüstet, daß keine Regierung vor dieser, so viel in den Umweltschutz investiert hätte. Kein Wunder! Denn in dem Maße, wie es dem Wald schlechter geht, machen sich solche Organisationen wie die SDW immer "frischer". Es ist wie in diesem alten Witz, wo ein unter chronischem Durchfall leidender Mensch seinen Arzt lobt, weil er ihm ein Beruhigungsmittel verschrieben hat, wonach er sich nach Gebrauch der Arznei, zumindest nicht mehr darüber aufregt, wenn er ständig seine Hosen vollschießt. Noch perfider bei diesem Marketingkonzept der SDW ist der Plan, auf Qualitätsbegriffe der Umweltschutzbewegung einen patentierten Monopolanspruch zu erheben. Der bitter nötige "Grüne Runde Tisch" aller Umweltschutzverbände z. B. wird zukünftig ohne den Urheberanspruch der SDW nicht zustand kommen - jedenfalls nicht unter diesem Namen. Dabei "saßen" an diesem "Grünen Runden Tisch" einmal 30 Verbände zusammen. Weil die SDW, gemeinsam mit anderen mehr wirtschaftlich orientierten Verbänden, sich nicht dazu durchringen konnte, den Bundesverkehrswegeplan abzulehnen, verließen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Robin Wood, Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Deutsche Naturschutzring das Gremium. Was lernt die Führungsriege der SDW aus dieser "Schlappe"? Wenn man sich schon umweltpolitisch isoliert, sollte man sich wenigstens machtpolitisch absichern und positive Begriffe patentmäßig besetzen!

#### Wer zahlt bestimmt - die Sponsoren der SDW

Zu den direkten Vertragspartnern der Marketing-GmbH zahlen die **Ford AG** in Köln, die **Karstadt**

AG in Essen, **Phoenix Pharmahandel** in Mannheim und die **Birkenstock Orthopädie GmbH** in Bad Honnef. Die deutsche Handelskette **SPAR** sponsert seit 1977 die Waldjugend. Neben der finanziellen Unterstützung stellt die SPAR u.a. Lebensmittel für die jugendlichen "Waldläufer", "Wildlinge" und "Pimpfe" zur Verfügung.

Gemeinsam mit dem **ADAC** betreibt die SDW das Projekt "Deutsche Alleenstraße", welches aus der Bewegung zur Rettung der alten Alleen in den neuen Bundesländern entstanden ist. Der Geschäftsführer der AG "Deutsche Alleenstraße" schreibt über dieses seltsame Bündnis in "Unser Wald": "Die Natur braucht stets auch Verbündete, und diese fand der ADAC in der SDW." Daß der ADAC die Forderung nach Erhaltung der alten Alleen in dem Sinne benutzt, daß vor allem durch großzügigen Straßenneubau die Alleen gerettet würden, läßt die SDW kalt. Sie bescheinigt dem ADAC, daß dieser zu Unrecht als "ausgepichteter Straßenbaubefürworter" bezeichnet wird und läßt sich diese Image-Aufpolierung bezahlen - u.a. mit Anzeigen des ADAC-Slogans: "Der Wald muß leben ... Mobilität auch."

**BMW** unterstützt ebenfalls die Aktion Alleenstraße und stellt Dieselwagen der vorzüglichen Dreierklasse zur Verfügung - natürlich verbrauchs- und schadstoffarm.

Die Firma **Ford** läßt sich auch nicht lumpen, wenn es darum geht, sich von der SDW ein Umweltschutzmantelchen verpassen zu lassen. "200 000 neue Bäume für 200 000 eingetauschte Altfahrzeuge" heißt die gemeinsame PR-Aktion.

Der Chemieriese **Bayer** wirbt in ganzseitigen Anzeigen für ein modernes Pflanzenschutzmittel und **Rheinbraun** (Garzweiler II) damit, daß man "aus über 70 Jahren erfolgreicher Rekultivierung" Erfahrung habe. Das Anzeigenfoto mit diesem Text zeigt ein wunderschönes Biotop. Die Landes- und Ortsverbände der SDW betreiben zahlreiche Kooperationen. In Norddeutschland mit der Fürst Bismarck Quelle, die sich mit einer Großanzeige bedankt, auf der Golfprofi Sven Struver einpattet. In NRW hat die SDW eine Kooperation mit Merkan-Reisen/Lufthansa-City-Center in Remscheid, wo doch jeder weiß, wie umweltfreundlich Fernreiseflüge sind.

Natürlich hat niemand etwas gegen Sponsoring und Marketing an sich. Doch wenn ein angeblicher Naturschutzverband sich ausgerechnet bei den größten Umweltsündern prostituiert und damit "Kasse macht", das Markenzeichen Ökologie zu entwerten, ist daß schon ekelhaft.

Die SDW ist auf dem besten Wege, nur noch eine Versorgungs- und Beschäftigungsgesellschaft für CDU/CSU-Funktionäre zu werden, und da nutzt es überhaupt nichts, sich ein Naturschutzimage patentieren zu lassen, das in der konkreten Praxis schon längst zu einem "Muster ohne Wert" geworden ist.

#### Der Prototyp eines Multifunktionärs - oder wie Bernd Krebs vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen kann

Er ist Bundesgeschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), CDU-Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke in Solingen, Vorsitzender des Landschaftsbeirates, Vertreter der Stadt Solingen in der Zweckverbandsversammlung Rhein-Ruhr sowie im Verband der kommunalen Aktionäre des RWE, Mitglied im Umweltausschuß des Stadtrates und Funktionär in diversen CDU-internen Gremien.

Wahrscheinlich umfasst diese Aufzählung von Funktionen und Pöstchen noch längst nicht das ganze Spektrum, das dieser Multifunktionär abdeckt. In Solingen allerdings fragt sich der - zugegebenermaßen kritische - Beobachter seiner politischen Tätigkeit, wie dieser Mensch gleichzeitig SDW-Geschäftsführer sein kann, obwohl er auf so vielen "Hochzeiten tanzt". Allein die Bürgermeisterfunktion dürfte, wenn er sie ernst nimmt, etwa vier Stunden täglich in Anspruch nehmen und ein Aufsichtsratsvorsitzender hat ja auch nicht gerade wenig zu tun. Selbst wenn er super fleißig sein sollte und zu den Meistern im Zeitmanagement und Aufgabendelegieren gehört, ist eine seriöse Ausfüllung all dieser Verantwortungen unmöglich.

Wer sich die SDW jedoch einmal näher betrachtet, wird dem Geheimnis des Herrn Krebs schnell auf die Schliche kommen. In der Schutzgemeinschaft wimmelt es nur so von EX-MdBs, -MdLs, Regierungsdirektoren, Ministerialdirigenten, Staatssekretären usw., wobei häufige die Titulierung mit dem Kürzel "a.D." beginnen. Zufälligerweise gehören die meisten entweder der CDU oder der CSU an. Wahrscheinlich ist auch, daß sie sich in der Aufzählung ihrer Positionen und Postchen, ohne weiteres mit Herrn Krebs messen können. Klar dürfte auch sein, was die SDW meint, wenn sie anläßlich der Bundestagswahl in ihrer Zeitschrift "Unser Wald" (4/94) feststellt: "Ein Engagement in einer Partei ist die Fortsetzung des Umweltschutzes mit anderen Mitteln." Der in diesem Satz angedeutete Pluralismus, in dem Wort "einer", wird im Kontext gelesen deutlicher. Schließlich gibt es ja neben der CDU noch die CSU! Und ein unverbesserlicher Freudianer muß der sein, dem dazu das Zitat von Clausewitz einfällt, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Was jedoch die SDW für Politiker wie Krebs und Co ist, dürfte u.a. die finanzielle Umwegfinanzierung über Steuergelder für eine quasi hauptamtliche CDU-Tätigkeit sein.

# Chronologie faschistischer Aktivitäten im Raum Solingen - Langenfeld - Leverkusen 1997

**20.02. '97**

Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Wolfgang Frenz aus Solingen lädt zu einem NPD-Stammtisch in eine Gaststätte in Solingen-Gräfrath ein. Dank des Erscheinens zahlreicher Antifas konnte der Stammtisch schon im Vorfeld verhindert werden. Neben NPD-Mitgliedern waren auch militante Neonazis anwesend, wie z.B. der wegen rassistisch motivierten Gewalttaten verurteilte Nazi-Skin Andre Everts.

**21.02. '97**

Eine Gruppe von 8-10 Naziskins zieht durch die Solinger Innenstadt, treffen auf zwei Antifas und verletzen einen von ihnen.

**1.03. '97**

Schlägerei zwischen Neo-Nazis und italienischen Jugendlichen am Busbahnhof in SG-Aufderhöhe. Alle Beteiligten flüchten beim Eintreffen der Polizei.

**7.03. '97**

Etwa 30 Faschos versuchen eine Party in SG-Gräfrath aufzumischen. Nach Eintreffen der Polizei ziehen sie wieder ab.

**1.05. '97**

Während einer 1. Mai-Disco im Sportpark "Toscana" in Leichlingen kommt es zu einer Schlägerei zwischen Neo-Nazis aus Leverkusen und Leichlingen und ausländischen Jugendlichen. Dabei werden einige der Nazis verletzt.

**13.04. '97**

Etwa 12 Nazi-Skins versuchen bei einer antifaschistischen Gedenkfeier zu provozieren. Bei dieser Gedenkfeier in der Wenzelnbergschlucht zwischen Langenfeld und Solingen wird jährlich der 73 Opfer gedacht, die kurz vor Kriegsende von der Gestapo an dieser Stelle ermordet wurden. Nachdem es zwischen den Nazi-Skins und etwa gleich vielen Antifas zu Rangeleien gekommen war, wurden weitere Auseinandersetzungen von der Polizei verhindert. Die Nazis zogen nach Platzverweisen ab.

**24.05. '97**

30 Neo Nazis machen Party in der einschlägig bekannten Kneipe "Bürgerbräu" in Höhscheid. Der "Bürgerbräu" ist seit Jahren als Anlaufpunkt Faschisten jeglicher Couleur bekannt. Schon 1983 versuchten die Reps in der Kneipe einen Kreisverband zu gründen, was jedoch an antifaschistischen Aktionen scheiterte.

**31.05. '97**

Rechtsextreme Sprühereien in SG-Gräfrath

**21.06. '97**

Eine Gruppe Nazi-Skins versucht eine Abi-Fete im Stadtsaal SG-Wald aufzumischen. Ihr Vorhaben scheitert an der konsequenten Gegenwehr ausländischer Jugendlicher.

**20.07. '97**

Drei Nazi-Skins schlagen im Naherholungsgebiet am Engelsberger Hof in SG-Ohligs einen

älteren italienischen Mann zusammen. Die Nazis können unerkannt flüchten.

**16.08. '97**

Auf Einladung des Mitbegründers und Bundesgeschäftsführers der "Aktionsgemeinschaft Deutscher Interessen" (ADI), Bernd Koch aus Solingen, kommt es anlässlich der "Rudolph-Heß-Aktionswoche" zu einem Nazitreffen von etwa 30-40 Personen in Solingen in Solingen-Ohligs. Knapp 40 der etwa 60 Antifas, die das Treffen verhindern wollen, wurden festgenommen.

**30.08. '97**

Massenschlägerei mit etwa 100 Beteiligten vor dem Kulturzentrum "Cobra" in SG-Merscheid. Anstifter der Auseinandersetzung waren mehrere Nazi-Skins. Erst nach Stunden bekommt ein Großaufgebot der Polizei die Situation unter Kontrolle.

**August '97**

In SG-Ohligs kommt es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen italienischen Jugendlichen und Neo-Nazis

**10.09. '97**

Eine Gruppe Nazi-Skins schlägt in Langenfeld einen türkischen Jugendlichen zusammen und brechen ihm das Nasenbein.

**12.09. '97**

Auseinandersetzung zwischen Neo-Nazis und Bosniern an der Discothek "Getaway" in SG-Ohligs.

**20.09. '97**

Schlägerei zwischen Neo-Nazis auf dem McDonalds-Parkplatz in Monheim-Baumberg

**September '97**

Zahlreiche deutschnationale, rassistische und antisemitische Sprühereien in Langenfeld-Wiescheid

**27.09. '97**

Etwa 10 Neo-Nazis machen ein Lagerfeuer unterhalb der Unteren-Werner-Straße in Solingen, wo am 29.05. '93 fünf Frauen und Kinder nach einem rassistischen Brandanschlag ums Leben kamen, und skandieren rechtsextreme Parolen und Lieder.

**9.11. '97**

Bei einer Diskussionsveranstaltung des Verein "SOS-Rassismus" im Stadtsaal in SG-Ohligs kommt es zu massiven Störversuchen angereister NPD-Kader. Thema der Veranstaltung war die Begnadigung des Solinger KZ-Aufsehers und mehrfachen Nazimörders Gottfried Weise.

**28.11. '97**

Schlägerei zwischen acht Nazi-Skins und türkischen Jugendlichen in SG-

Merscheid.

Etwa 15 mit Baseball-Schlägern und Gaspistolen bewaffnete Nazi-Skins randalieren in SG-Wald. Dabei werden mehrere PKW beschädigt. Eintreffende Polizisten werden angegriffen und beschossen. Es kommt zu ca. 10 Festnahmen.

**29.11. '97**

Ca. 25 Faschos machen Streß auf einer Party in SG-Aufderhöhe. Mehrere werden festgenommen.

**6.12. '97**

10 Nazi-Skins randalieren an einem Übergangshaus in SG-Gräfrath

**19.12. '97**

Etwa 40 Neo-Nazis aus ganz NRW treffen sich in einer Kneipe in SG-Ohligs. Ein Gaststättenbesucher wird von mehreren anwesenden Nazis zusammengeschlagen und erleidet schwerste Verletzungen. Die Täter werden festgenommen und am gleichen Abend freigelassen. Die Ermittlungsbehörden sehen keinen rechtsradikalen Hintergrund obwohl einschlägiges Material bei den Neo-Nazis gefunden wurde.

**27.12. '97**

In SG-Krahenhöhe fallen Nazi-Skins durch rechtsextremes Gegröle auf.

Weitere Informationen: Antifa Bergisches Rheinland, Postfach 100931, 42609 Solingen

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern



Bergischer  
Naturschutzverein  
Telefon 329642

**RBN**

# Demonstration gegen Naziterror und Rassismus

am 30. Mai um 12.30 in der Solinger Innenstadt

Am 29. Mai 1998 sind fünf Jahre vergangen seit dem rassistischen Mordanschlag auf ein von TürklInnen bewohntes Haus in Solingen. Es war mit fünf Ermordeten der bis dahin folgenschwerste Anschlag auf „AusländerInnen“. Seitdem hat sich die Welle rassistischer Gewalt ungebremst fortgesetzt.

Ermutigt durch eine nationale Propaganda der Regierenden und eine rassistisch argumentierende „Asyldebatte“ betreiben Neonazis mit Pogromen, Anschlägen, Morden und Mißhandlungen eine Strategie der Vertreibung all derjenigen, die ihrem Bild eines national gesäuberten Deutschland widersprechen. Betroffen sind anders aussehende Menschen, aber auch die antisemitischen Anschläge sind sprunghaft angestiegen, und ebenso fallen Obdachlose, Behinderte und AntifaschistInnen dem Naziterror zum Opfer.

Der Brandanschlag in Solingen löste eine bis dahin nicht erlebte Gegenwehr der türkischen Menschen in Deutschland aus, die trotz des Einflusses türkischer Rechtsextremisten auch ein Fanal gesetzt hat. Viele Menschen, auch Medien, erklärten sich solidarisch, griffen das unerträgliche Handeln und Reden der PolitikerInnen an und forderten eine veränderte „Ausländer“ politik und eine wirkliche Bekämpfung des Rechtsextremismus. Doch was ist daraus geworden?

**Die Forderung nach Bekämpfung des Rechtsextremismus wurde weitgehend ignoriert:**

- Nach wie vor können rassistische und rechtsextremistische Parteien wie die Republikaner und die DVU zu Wahlen kandidieren, Abgeordnetengehälter und Wahlkampfkostenersatzung für die Verbreitung ihrer Propaganda nutzen.

1997 zogen 5000 Rechtsextremisten gegen die Wehrmachtausstellung durch München.

- „Nationale Infotelefone“ rufen legal zur Jagd auf AntifaschistInnen auf.

- Antifaschistische Gegendemonstrationen wie in Saalfeld werden verboten.

- Vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau besonders in Ostdeutschland werden „national befreite Zonen“ geschaffen, in denen „die Kameradschaften souverän agieren können“. Öffentliche Plätze, die Gelegenheiten sich zu treffen, sind in ganzen Kleinstädten von der rechtsextremistischen Szene beherrscht - inmitten eines Klimas aus Angst und heimlicher Sympathie. Jugendzentren werden der rechten Szene zur Verfügung gestellt - angeblich zur Befriedung - mit dem Effekt eines staatlich geförderten Treffpunkts für angehende Faschisten.

**Die Forderung nach der doppelten Staatsangehörigkeit** - um wenigstens einem Teil der rund sieben Millionen meist schon seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass Bürgerrechte zu geben - scheitert noch immer an der CDU. Deren Innenminister trieb seine Ausgrenzungspolitik zusätzlich mit der Visumpflicht für hier geborene Kinder auf die Spitze.

**Die Forderung an den damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker, die Tage vor dem Anschlag beschlossene faktische Abschaffung des Asylrechts angesichts des rechten Terrors - der sich davon offensichtlich ermuntert fühlte - nicht zu unterschreiben**, brachte nichts. Im Gegenteil, wenig später kürzte die Bundesregierung die Sozialhilfe für alle Flüchtlinge in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts auf 80% der Summe, die als das Existenzminimum definiert ist. Am 6. Februar beschloß der Bundesrat mit den Stimmen von CDU- und SPD-regierten Ländern den völligen Entzug der Sozialhilfe für mehrere hunderttausend „ausreisepflichtiger“ Flüchtlinge z. B. aus Bosnien. Gleichzeitig verbringen Tausende von Flüchtlingen ihr Leben in Abschiebe-knästen - deren größter im rot-grün regierten NRW betrieben wird. Abschiebungen in Folterstaaten wie die Türkei sind alltäglich.

**Die Forderung nach einer veränderten Haltung der Verantwortlichen gerade in Solingen** ist weitgehend erfolglos geblieben:

Die Polizei machte einen Überfall vom Dezember 1997 in Solingen auf einen Mann, der von einer größeren Gruppe von Skinheads krankenhausreif geschlagen wurde, nicht öffentlich. Die Nazis treten heute in Solingen weit massiver auf als in der Zeit vor dem Brandanschlag.

- Regelmäßige Treffen von Solinger und auswärtigen Nazis wurden erst durch die Presse, nicht jedoch durch Polizei und Stadt öffentlich.

- Es gibt zwar einige aktive private antirassistische Initiativen, die Politik der Stadt hat sich aber kaum verändert.

- Günther Kissel, der größ-

hin ein geachteter Mann in Solingen, der 1997 einstimmig zum Obermeistergewerbe-Innung gewählt wurde. Der Oberbürgermeister eröffnet weiterhin feierlich die Bauten seiner Firma.

Ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Situation der AusländerInnen in Solingen wurde nach den Morden zwar öffentlich angekündigt, aber nie realisiert . . .

Solingen ist zwar nur ein Ort von vielen, an denen der zu neuen Kräften gekommene faschistische Terror wütete. Aber Solingen ist ein Ort, der auch zum Synonym für den Widerstand von „AusländerInnen“ und Deutschen gegen die Rechtsentwicklung der Bundesrepublik geworden ist.

Lasst uns am Jahrestag des Brandanschlages gemeinsam gegen staatlichen wie privaten Rassismus und Naziterror demonstrieren!

**Schluss mit dem Naziterror!**

**Gleiche soziale und politische Rechte für ImmigrantInnen!**

Die Demonstration wird u. a. organisiert vom **Solinger Appell** und der **VVN/BdA**. Es werden noch weitere UnterstützerInnen gesucht. Wenn Ihr mitorganisieren oder zur Demonstration aufrufen wollt, meldet Euch bitte bei einer der Kontaktadressen (Siehe S. 24).

Café  
**Stadtgeflüster**  
das etwas andere Café

**Snacks Frühstück  
Kuchen  
Pfannekuchen  
Griechisches Gebäck  
und vieles mehr...**

**...zu super Preisen!**

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,  
So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr

# Studentenstreik's Folgen

Der Streik an den Unis ist ja beendet, und aller Orten kehrt wieder "business as usual" ein. Die Studis müssen jetzt wieder eifrig lernen und Prüfungen bestehen, damit sie nicht den Anschluß verlieren im allgemeinen "rat race" um Qualifikation und Bessersein. Ja, ja, der globale Wettbewerb ist gnadenlos, und wenn normalmensch jetzt reinhaut, dann er/sie-gattert mensch sich vielleicht einen guten Platz unter dem Tisch des internationalen Großkapitals - für die treuen Hunde, die das System so oder so mittragen, fallen doch die besten Brocken ab. So ist leider die bedauerliche Grundeinstellung der meisten Studis (und anderer), welche ja auch so effektiv verhindert, daß wirklich mal was passiert: Solidarisierung mit ArbeiterInnen und Streiks überall und wild und fröhlich und Aufbruchstimmung und Tänze auf dem Pflasterstein überall und allerorten - an und in Unis und Europas und weltweit - beim Teutates !!

Nun ja, wir bleiben realistisch (was immer das sei), verpassen Sonntagabend die Lindenstraße nicht und schreiben ein paar Zeilen für eine alternative Stattzeitung, um unser Gewissen zu beruhigen... oder ...???

Halt!! Stop!! Da gab's ja doch noch was zu berichten von der Revolution, die jetzt ein wenig verborgener weiterschwelt... (und sie brennt doch, die Lunte).

Da gibt es nämlich Berichte von vielen, während der Streiktage in's Leben gerufenen Arbeitsgruppen, die jetzt einfach weitermachen und zwischenzeitlich auch mal ne richtige Aktion durchführen.

Nun, das birgt zumindest die Hoffnung, daß er ein bißchen aufgewacht ist, der deutsche Student, und sich in diesen Arbeitsgruppen diejenigen finden und gegenseitig motivieren, die dann in ein paar Jahren in der Lage sind, sich mit ganzem Herzen (und dem gnadenlosen Verzicht auf Lindenstraße) einem Kampf um eine andere Gesellschaft zu widmen und dadurch auch die breite, träge Masse (hmmpf, ich hab eigentlich auch keinen Bock mehr zu schreiben - lieber 'n Computerspiel?) mitreißen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und Bla Blabla...

Was ich eigentlich sagen wollte:

In Düsseldorf (H. Heine - Uni) hat sich eine "Anarchistische Studierendeninitiative" gebildet, die sich im Semester jeden Donnerstag um 18 Uhr im Unicom trifft und in den Semesterferien bisweilen im Café Modigliani, Wissmannstr. 6 - Nächster Termin: 2. April 1998 um 19 Uhr.

An diesem Termin soll dann auch über die Gründung eines "Hochschulsyndikats" gesprochen werden; so ne' Art Gewerkschaft für Studis und stud. Hilfskräfte, die aber ohne Funktionäre und verwaltendem und institutionalisierendem Überbau sich auf die Organisation in kleinen Zellen begrenzt, die in sich autonom sind, aber in Solidarisierung und Vernetzung mit anderen kleinen Gewerkschaftsgruppen eine enorme Effizienz erzielt.

Kampfmittel solcher Gewerkschaften ist nicht "sozialpartnerschaftliches" Geklüngel der eigenen Krawattenträger mit denen des Klassenfeinds, sondern die Direkte Aktion: Streik, Boykott, Uni- und Arbeitsamtsbesetzungen, Demos

und viele andere von der Kreativität der Aktiven bestimmten Aktionen.

Solche Gewerkschaftsgründungen finden zur Zeit in vielen anderen Unis in der BRD statt, aber nicht nur dort - zumal die Uni - Gruppen auch offene Anlaufstellen sind für viele in der Isolation des Wettbewerbs steckende Beschäftigte.

Eine gute Sache- und Ihr LeserInnen und Lesers seid JETZT dazu aufgefordert, auch Euren werten Hintern hochzukriegen und Euch in Solidarität und Freiheit mit anderen zu organisieren - konsumiert nicht nur die tacheles - macht selber Druck - berichtet hier von Euren kreativ-fröhlichen Aktivitäten und bringt damit Kraft und Motivation in einen außerparlamentarischen Widerstand, der bitter nötig wäre, wenngleich oppositionelle Arbeit immer schwerer wird - der große Lauschangriff dient ja nur dazu den erwarteten Widerstand gegen den Neo-Kapitalismus zu brechen.

Ana Xia

## Termine

- Auf dem bundesweiten studentischen Kongreß „Bildung und Gesellschaft“ (BuG) vom 8.-11. Januar 1998 in Berlin wurde ein **Studierendenzusammenkunft** angedacht, dessen **Gründungskongreß vom 23.-27. April '98 an der UHG Duisburg** stattfindet. Alles weitere kann beim Info-Pool an der Uni erfragt werden.

**Kontakt:** Tel:0203/370047, Fax: 0203/362651, Mail: studiverband@hotmail.com

**Veranstaltungen der Anarchistischen Studierendeninitiative (ASTI) der Uni Düsseldorf im Sommersemester 98:**

\*Freies Seminar über anarchistische Pädagogik, Donnerstags 16 bis 18 Uhr, Hörsaal 3B

\*Vortrag und Diskussion über anarchistische Uni - Syndikate in Frankreich - mit Besuch vom Nachbarland, 29. 4. ab 16 Uhr, HS 2A

\*Vortrag und Diskussion über Tauschringe, 12. 5. ab 16 Uhr HS 3H

\*Anarchistische Filmreihe im Café Modigliani ab 27. 4.

Genauerer erfahrt ihr auch über die ASTI c/o A. Jour, Brunnenstr. 5 40223 Düsseldorf

# Meier's

LOKAL

**Solingen-Gräfrath**  
In der Freiheit 22

**Sonntag's ab 10 Uhr**  
**Frühstücksbuffet**

# Schluß mit Lustig?

Zivildahnder am Hauptbahnhof und auf dem Kampus warten mit Phantombildern auf Studierende; V-Männer und Frauen versuchen in die Arbeitskreise kritischer Studierender einzudringen, so daß diese gezwungen sind Studiausweise am Eingang zu kontrollieren; Einzelpersonen wird mit „Fertigmachen“ gedroht, wenn sie die „Zusammenarbeit“ verweigern; Horrorationen? Nein, Alltag an der Universität Köln Anfang 1998 und längst schon nicht mehr lustig. Nachdem Anfang des Jahres ein spontaner Demonstrationzug nach einer genehmigten Mahnwache von einer Polizeieskorte die halbe Nacht eingekesselt wurde, kann von freier Meinungsäußerung an der Uni keine Rede mehr sein. Was als eine witzige Idee der ach so harmlosen Studis begann, entpuppte sich als Falle des humorlosen Staates, der trotz all seiner Macht und eines hohen Aufgebots an uniformierten Provokateuren und zivilen Mitstreitern keine Eskalation herbeiführen konnte. Dies liegt möglicherweise auch am Verständnis der StudentInnen, denn schließlich waren viele der Protestierenden angehende PädagogInnen (u.a. Heil- und SonderpädagogInnen), die den Umgang mit besonders schwierigen Fällen gewohnt sind. Es gab jedenfalls keine Straßenschlacht oder Randal, und dies müßte die wohldeinformierten Bürger dieses Landes verwundern, denn es handelte sich offiziell in allen Medien um das gar schrecklichste Feindbild unserer unschuldigen Demokratie: einer Gruppe von „gewaltbereiten Autonomen“. Harmlose Studenten würden ja nie auf die Idee kommen, ein First Class Hotel zu stürmen, oder? Daß Demonstranten über Nacht die Metamorphose zu gewaltbereiten Staatsfeinden durchlaufen, ist in Deutschland normal geworden und verwundert mich leider nicht mehr, doch das harte Vorgehen und die andauernde offene Schikane den Studierenden gegenüber ist etwas Neues in dieser sog. Republik. Besonders in Hinblick auf die neuen Ermächtigungsgesetze wird mir alles andere als warm ums Herz. Bei der Großdemo in Bonn letzten Jahres übte die Staatsmacht noch

vornehm Zurückhaltung und begnügte sich mit Videoaufzeichnungen und kleineren Scharmüzzeln; selbst das Drängen der Studis in die Bannmeile veranlaßte sie lediglich, zu ermahnen, ein wenig den Schlagstock zu schwingen und die vordersten Reihen mit Tränengas zu benetzen. Den Einsatz von Wasserwerfern oder Einkesselungen konnte ich jedenfalls nicht beobachten. Selbst ein eleganter Vorstoß einer Gruppe von ca. 500 Studis über den Umweg der Rheinpromenade bis direkt vor den Bundestag blieb ohne Konsequenzen. Doch diese „Strategie der Deeskalation“ scheint nur Taktik angesichts der protestierenden Menschenmenge gewesen zu sein. Jetzt, nachdem die Presse die Bewegung totgeschrieben hat und die Basisgruppen neue Protestformen jenseits des Streiks praktizieren, läßt der Staat seine Bluthunde los und entlarvt sich wieder einmal selbst, ohne daß die Öffentlichkeit dem Beachtung schenkt. Natürlich fehlt es auch dieser Protestwelle an Basis, Konzepten, Mut, Überzeugung usw., und gegen die toten Ikonen der 60er sind diese StudentInnen von heute sowieso nur arme Würstchen. Alles wie immer, könnten wir sagen und in die gewohnte linke Stammtischlethargie verfallen, aber schade ist es trotzdem, wenn die junge Bewegung mangels Interesse im Sande verläuft. Nicht einmal die BLÖDzeitung hat in den StudentInnen den Feind erkannt und prophezeit den Untergang des Abendlandes. Protest ist bestenfalls für eine Weihnachtsmeldung gut. Auch die kritische Öffentlichkeit scheint gerade unakömmlich, da ihre Meinung zu Mr. Presidents blow-job oder oder Rühes starker Truppe ungeheuer wichtig ist. Für Widerstand ist nun mal kein Platz auf den Schreibtischen der dicken Apoopas (omas), die sowieso alles besser wissen und gemacht haben und überhaupt: in Wahrheit ist der Marsch durch die Instanzen erst mit der Machtergreifung Daniel

Cohn Bendits beendet! Alles wird gut, schreibt die Taz. Da bin ich ja mal gespannt. Wenn ich mir all die üblen Meldungen und Stimmungen zusammenreime, wird mir braun vor den Augen; da freue mich doch lieber mit allen, die Spaß daran haben, Widerstand zu leisten zu protestieren oder sonst was machen, nur um nicht tatenlos im Sumpf unterzugehen. Es mag ja ein bißchen irre klingen, aber ich denke daß Spaß einer der wichtigsten Widerstandsfaktoren ist auch wenn der Inhalt der Protestes drunter leidet; durch Depressionen wird die Welt jedenfalls nicht besser, höchstens grauer. Also seid lustig und wehret euch.

**Internet:** [fsinfo.uni-duisburg.de/streik/studiverband](http://fsinfo.uni-duisburg.de/streik/studiverband)

## Kohlkönig

Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?  
Es ist der Prof mit seinem Kind;  
Er hat den Studi wohl in dem Arm,  
Er faßt ihn sicher, er hält ihn warm.

Mein Studi, was birgst Du so bang dein Gesicht?  
Siehst, Prof, du den Kohlkönig nicht?  
Den Kohlkönig mit Waigel im Schweif?  
Mein Studi, es ist ein Nebelstreif.

"Du liebes Kind, komm, geh mit mir!  
Gar schöne Spiele spiel ich mit dir;  
Manch bunte Blumen sind an dem Strand,  
Meine Mutter hat manch gülden Gewand."

Mein Prof, mein Prof, und hörest du nicht,  
Was Kohlkönig mir leise verspricht? -  
Sei ruhig, bleibe ruhig mein Kind;  
In dürren Blättern säuselt der Wind. -

"Willst, feiner Studi, du mit mir gehn?  
Meine Minister sollen dich warten schön;  
Meine Minister führen den nächtlichen Reihn,  
Und wiegen und tanzen und singen dich ein."

Mein Prof, mein Prof und siehst du nicht dort  
Kohlkönigs Minister am düstern Ort? -  
Mein Studi, mein Studi, ich seh es genau:  
Es scheinen die alten Weiden so grau. -

"Ich liebe dich, mich reizt deine schöne Gestalt;  
Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt."  
Mein Prof, mein Prof, jetzt nimmt er mich aus!  
Kohlkönig hat mir das Bafög geraubt! -

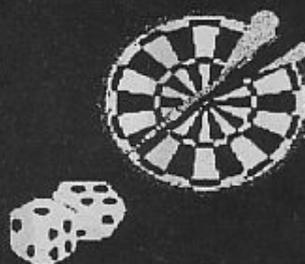
Dem Prof grauset, er reitet geschwind,  
Er hält in den Armen das ächzende Kind,  
Erreicht den Campus mit Mühe und Not;  
In seinen Armen die Bildung war tot.

**Stefan Blumenrath**

Gemütliche  
Atmosphäre

Lockere  
Unterhaltung

Beim Aydin  
im Entenpöhlchen



Geöffnet von  
11 bis 1 Uhr  
Telefon 207333



## Schreibende Frauen gesucht!

Juchuh! Jubiläum! Bravo! Fantastisch! Seit 2 1/2 Jahren gibt es nun das **hexenblatt** - die Frauenseite in der **tacheles**.

Als fester Bestandteil der **tacheles** wurde diese Seite von den Frauen in der Redaktion eingerichtet, um der männlichen Dominanz in politischen Gruppen und Medien (auch sogenannter linker!) etwas entgegenzusetzen.

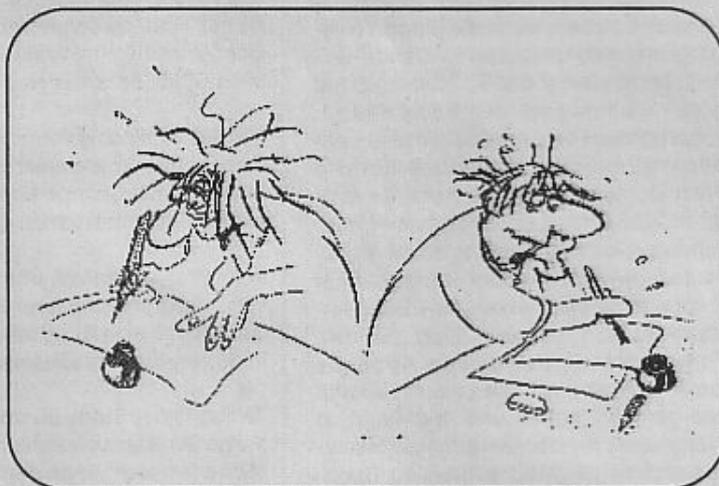
Ob "alt oder jung, schwarz oder weiß, lesbisch oder heterosexuell, Mütter oder Töchter..." (**tacheles** Nr. 1), die Solinger Frauen wurden eingeladen, diese Seiten zu nutzen und über ihre eigenen Gedanken, Wünsche und Ideen zu schreiben. Einige Frauen haben diese Seite genutzt und berichteten über die verschiedensten frauenpolitischen Themen: 'Herrschaft durch Sprache', das Selbst-

behauptungstraining WenDo, Frauen auf der Flucht, Zapatistische Frauen, 'Hexenverfolgung' usw. . Allerdings wäre es schön, wenn noch mehr Frauen sich bereit finden würden (und dies gilt jetzt nicht *nur* für das **hexenblatt**, sondern generell für die **tacheles**!), mal etwas zu schreiben. Oder gibt es in Solingen keine schreibenden Frauen?

Männliche Dominanz läßt sich leider nur durchbrechen, wenn Frauen an politischer Arbeit teilhaben und eine Zeitung wie die **tacheles** mitgestalten. Es reicht nicht aus das **hexenblatt** "gut" oder "schlecht" zu finden und sich dann mosernd ins Kämmerlein zurückzuziehen. Wer etwas verändern möchte, muß es selbst in die Hand nehmen. Frauen schreibt! Nehmt den Stift

in die Hand und bewegt etwas! Schreibt über Euch, über den verhaßten Arbeitsplatz, an dem Ihr ausgebeutet werdet, über sexuelle Gewalt, der Ihr täglich begegnet, über Abschiebung, über Literatur, über Liebe, über den Papst...! Wir freuen uns auf Eure Beiträge!

Eva Thomas



## Termine

**Volkshochschule (Tel. 290-2468):**  
**21.03.** -Existenzgründungsseminar für Frauen  
**28. und 29.03.** -Mobbing und Konflikte am Arbeitsplatz  
**ab 6.04.** -Einführung in die Arbeit mit dem Personalcomputer, Bildungsurlaub für Frauen  
**25.04.** - TA KE TI NA Rhythmus im Körper erleben  
**25. und 26.04.** -Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen  
 -SelbstWertTraining für Frauen -Ziel und Zeitmanagement-  
 -Menstruation - die Rote Zeit, Naturheilverfahren in der Gynäkologie  
 (alle Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der GSS)

**Bildungswerk Bergisch Land der AWO (Tel. 77445):**

**3.04.** -Umgang mit Behörden - Für ausländische Frauen, die bereits über Deutschkenntnisse verfügen

**19.04.** -Frauenlieder, von "Heideröslein" bis "Brot u. Rosen"

**24.04.** -Rhetorik für den privaten und beruflichen Bereich

**Rathaus Cronenberger Straße (Erdgeschoß):**

vom **5. bis 19.03.** -"Wer geht denn da schon hin", Fotoausstellung des **Solinger Frauenhaus**

**Agenda 21 (Frauenbüro: 290 2701):**

**21.03. ab 10 Uhr** in der Festhalle Ohligs

-Aufaktveranstaltung zur lokalen Agenda

**24.04. von 16-21 Uhr** in der VHS

-Frauenforum mit Informationen zur Lokalen Agenda und einem Workshop, u.a. zu frauenspezifischen Aspekten

**5.05. um 20 Uhr** in der VHS

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Maite Mathes zu den Themen vorsorgendes Wirtschaften und Ökonomie der Zeit

**WOLF**  
**BUCHHANDLUNG**

**Am Neumarkt 11**  
 42651 Solingen  
 Tel.: 0212 - 10666

**Fronhof 11**  
 42651 Solingen  
 Tel.: 0212 - 201091

**Düsseldorferstr.54**  
 42697 Solingen  
 Tel.: 0212 - 77854

# “Wenn Frauen Frauen lieben...”

## Neues Beratungsangebot für Lesben in Wuppertal und Umgebung

*“Wenn sich ein Mädchen plötzlich in die beste Freundin verliebt oder zum Beispiel eine verheiratete Frau und Mutter von zwei Kindern nur noch Augen für die Nachbarin hat, tauchen eine Menge Fragen auf: ‘Bin ich die einzige, der es so geht? Wie soll ich es ihr sagen? Wie reagieren die Freunde/Freundinnen oder Eltern?...’”*

en aus Solingen, Remscheid, Mettmann u.s.w. sind angesprochen, sich beim Lesbentelefon zu melden. Obwohl der Anteil an Lesben an der weiblichen Bevölkerung zwischen 3 und 10%

langersehnte Möglichkeit sein, Kontakt zu “Gleichgesinnten” aufzunehmen bzw. aus der Anonymität auszubrechen.

Eva Thomas

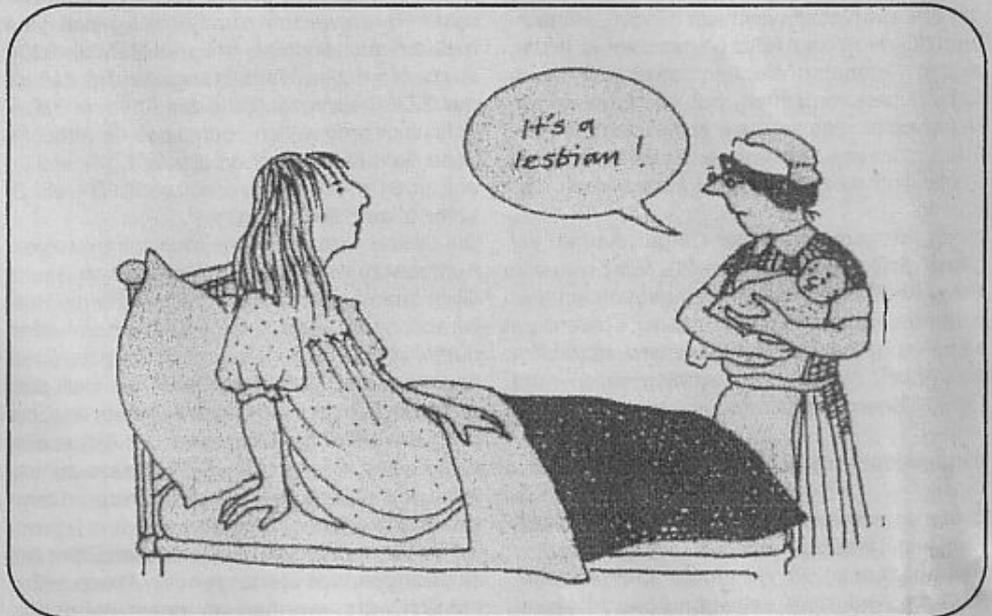
Um über solche oder ähnliche Fragen zu sprechen, gibt es in Wuppertal seit September letzten Jahres ein Lesbentelefon. Jeden Montag von 20.00 bis 22.00 Uhr können sich hier insbesondere Frauen und Mädchen hinwenden, die noch keinerlei Kontakt zu anderen Lesben haben, aber auch Angehörige und Lehrer und Lehrerinnen können sich telefonisch beraten lassen. Das Lesbentelefon ist eine private Initiative von Lesben, die sich nicht als Therapeutinnen verstehen. Ihre eigene Betroffenheit mit einer nicht gerade lesbenfreundlichen Umwelt ist Grundlage ihres ehrenamtlichen Engagements.

Neben dem “Coming-Out” gibt es aber auch noch andere Themen in der Beratungsarbeit. Beispielsweise können sich die Anruferinnen hier über die nächste Frauen-Disco oder -Kneipe in ihrer Umgebung informieren oder erfahren, wo es spezielle Beratungsangebote für Lesben gibt. Weiter versteht sich das Lesbentelefon auch als Kontakt- und Informationsstelle zur Vernetzung von Initiativen. So können über das Lesbentelefon auch Kontakte vom nächsten Standardtanzclub bis hin zum Müttertreff für Lesben hergestellt werden.

Weitere Themen, die in Zukunft intensiver Betrachtung unterzogen werden sollen, sind u.a. ‘Gewalt in lesbischen Beziehungen’, wobei hier besonders der Problematik nachgegangen werden soll, wo sich geschlagene lesbische Frauen hinwenden können. Desweiteren sollen die Themen ‘Alkoholismus’ und die ‘Situation von lesbischen Migrantinnen’ behandelt werden. Insbesondere Lesben ohne deutschen Paß, haben noch weniger Rechte als deutsche Lesben und schwule Migrantinnen.

### Wo sind die Solinger Lesben?

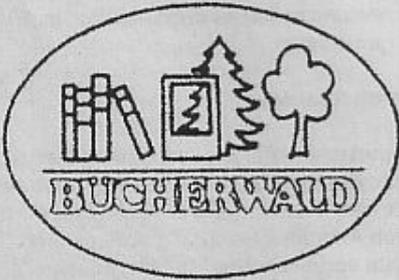
In Wuppertal ist das Lesbentelefon mittlerweile ein gut akzeptiertes Angebot, und es haben sich daraus bereits andere Gruppen gegründet. So gibt es inzwischen eine “Coming-Out-Gruppe” und einen “Lesbenstammtisch”, der jeden zweiten Mittwoch um 20.00 Uhr im Barmener Frauen-café zusammenkommt. Hier treffen sich in erster Linie Lesben, die ihre Homosexualität gerade erst entdecken und sich noch nicht geoutet haben. Das Lesbentelefon und die daraus entstandenen Angebote sollen sich allerdings nicht nur an Wuppertaler Lesben richten. Auch Frau-



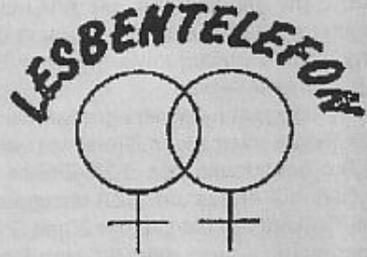
geschätzt wird (dies entspricht bei einer EinwohnerInnenzahl von etwa 160 000 ca. 2400 bis 8 000 Lesben allein in Solingen!), scheint es bisher in Solingen keinerlei Treffpunkte für Lesben zu geben. Das Lesbentelefon in Wuppertal könnte nun auch für Solinger Lesben die

**Lesbentelefon:** Jeden Montag von 20 bis 22 Uhr, Tel.: 0202/44 08 08

**Lesbenstammtisch:** Jeden zweiten Mittwoch um 20 Uhr (nächster Termin 18.03.) im Wuppertaler Frauencafé



**BÜCHERWALD**  
 Stresemannstraße 13  
 42719 Solingen  
 Telefon 31 83 19  
 Telefax 31 06 27



**LESBENTELEFON**  
 Infos und Beratung  
 mo 20 – 22 Uhr  
**0202 /**  
**44 08 08**

# NIX-NACH-AHAUS

## Aktuelles vom Widerstand in Ahaus

Das wichtigste zuerst: Wann kommt das Castor-Six-Pack ?

Klar ist seit längerer Zeit, daß der Transport der drei Behälter aus Gundremmingen (Bayern) und der drei aus Neckarwestheim (Baden-Württemberg) für den Monat März vorgesehen ist. In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Informationen verdichtet, daß er in der vierten Märzwoche, also am bzw. ab Montag, den 23. März, rollen soll. Urlaubssperren bei zahlreichen Polizeieinheiten im ganzen Lande weisen darauf hin.

Nach jetzigem Stand der Dinge rechnen wir damit, daß ab Freitag, den 20. März massive Polizeikräfte in Ahaus und Umgebung einmarschieren werden, um rechtzeitig präsent zu sein. Nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen sollen rund 30.000 Beamtinnen zum Einsatz kommen !

### Unsere Planungen für den CASTOR-Alarm...

Wenn es bei diesem zeitlichen Szenario bleibt, wird am Samstag vorm TAG X, also voraussichtlich dem 21.03. die von der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung beschlossene Auftaktkundgebung in Münster stattfinden. Im Anschluß daran kann und soll es nach Ahaus gehen, wo die Camps bezogen werden, die für auswärtige TeilnehmerInnen am Widerstand eingerichtet werden. Nach gegenwärtigem Stand sind dies 8 Camps. Ihr habt Zugang zu allen Camps, genauso wie andere auch. Gut wäre es allerdings, wenn Ihr jeweils mit Eurer Bezugsgruppe (sofern Ihr eine habt) gemeinsam dasselbe Camp bezieht. Die einzelnen Camps werden von verschiedenen Initiativen betreut. Zum Beispiel von der BI Lüchow-Dannenberg, BICs Paderborn, Mugnog Bielefeld und WigA Münster sowie natürlich der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.

Es gibt allerdings zur Zeit eine große Unsicherheit: Die Polizei plant, einen Gürtel von vermutlich 500m beiderseits des BZA-Gleises zwischen Bahnhof Ahaus und BZA abzusperrten. In dem Fall könnten die Camps 2 und 3 nicht bezogen werden, auch das BI-Camp 5 ist in Gefahr. Hier können sich also kurzfristig noch Änderungen ergeben; auf alle Fälle werden wir solche Sperrmaßnahmen rechtlich überprüfen lassen.

Leider können wir nur sehr wenige private Quartiere zur Verfügung stellen. Dieses Angebot richtet sich daher vornehmlich an Menschen, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht campen können oder wollen. Meldet Euch in diesem Fall möglichst bald im BI-Büro an (Tel.: 0 25 61/96 17 91). Für Kinder wird es auf jeden Fall ein eigenes Camp mit Betreuung in Legden-Asbeck geben.

### Zum Vorgehen am Tag X4...

Am Tag X wird es Demonstrationen und Behinderungsaktionen an vielen Stellen zwischen Neckarwestheim und Ahaus geben. Und natürlich auch sonstwo im Land! Mehr als 2000 Menschen haben öffentlich angekündigt, daß sie das BZA-Gleis in der Nähe des Ahauser Bahnhofs blockieren wollen. Hierzu gab es verschiedene Aufrufe: „x-tausendmal quer“, „Wir stellen uns quer!“, „Wir legen uns quer!“. Wir als BI unterstützen diese Aufrufe.

Die Polizei wird wahrscheinlich mit massivem Aufgebot zu verhindern suchen, daß wir dieses Gleis überhaupt betreten können. Da die Polizei schon am Freitag vorher in Ahaus eintreffen dürfte, könnte es sehr schwierig werden, überhaupt auf das Gleis zu kommen. Es stellt sich in diesem Fall die Frage nach Alternativen. Eine mögliche wäre, die Teilnehmer der Aktion entlang des ca. 4 km langen BZA-Gleises zu verteilen und zu versuchen, doch irgendwo dazwischen zu kommen. Eine andere wäre, irgendwo auf das Hauptgleis der Deutschen Bahn AG zu gelangen, was allerdings nur in Ahaus selbst möglich wäre, eventuell an einem Bahnübergang. Allerdings muß hier mit massiver Präsenz des Bundesgrenzschutzes gerechnet werden, der für den Schutz des Schienenweges zwischen Neckarwestheim und Bahnhof Ahaus zuständig ist. Zur Zeit neigen wir dazu, trotz alledem unsere ursprüngliche Absicht demonstrativ weiterzuverfolgen. Eine endgültige Entscheidung, was zu tun ist, können wir aber erst an Ort und Stelle treffen, wenn wir sehen, wie sich die Polizei tatsächlich verhält. Und diese Entscheidung treffen wir dann natürlich mit Euch allen gemeinsam !

### Auf nach Ahaus!

Transport und Lagerung von Atommüll sind gefährlich: Die Dichtigkeit der Behälter über Jahrzehnte kann niemand gewährleisten, die für den größten Atommülltransport der deutschen Geschichte vorgesehenen Behälter (Castor V/19 und Castor V/52) sind vor ihrer Genehmigung keiner experimenteller Tests unterzogen worden.

Der Castor-Transport ist eine überflüssige Verschieberei von Atommüll, die zusätzliche Gefahren mit sich bringt und vor allem sehr viel Geld kostet. Eine tatsächliche „Entsorgung“ erfolgt in Ahaus und Gorleben genauso wenig wie an den Kraftwerksstandorten.

Die Bundesregierung verstößt gegen geltendes Recht: mit der Durchführung dieses Castor-Six-Pack-Transports wird die rechtsverbindliche Bund-Länder-Vereinbarung zur Entsorgung von Kernkraftwerken vom 28. September 1979 miß-

achtet. Dort ist ausdrücklich der Vorbehalt festgelegt, daß zum Zeitpunkt der ersten Einlagerung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren im Brennelemente-„Zwischen“lager Ahaus die Inbetriebnahme des Salzstockes Gorleben als Endlager gesichert erscheinen muß. Dies ist selbst nach jüngster optimistischer Auffassung von Fachleuten des Bundesumweltministeriums und des Bundesamtes für Strahlenschutz (noch am 22. Januar 1998 in Münster geäußert) frühestens in acht bis zehn Jahren der Fall.

Ministerpräsident Johannes Rau wird damit wortbrüchig gegenüber der Bevölkerung in und um Ahaus. Die Landesregierung ist offenbar nicht gewillt die Einhaltung dieser Vereinbarung gegenüber dem Bund einzufordern.

Der Castor-Transport wird am Tag X nur mit massiver polizeilicher Gewalt und gegen den Willen und die Rechte der Bevölkerung durchzusetzen sein. Dies hat auch die Landesregierung inzwischen begriffen, nur zieht sie die falschen Konsequenzen daraus.

Nur durch Einschränkung zahlreicher demokratischer Grundrechte kann der Castor sein Ziel erreichen: In einem Umkreis von 500m um das BZA-Gleis und um das Betriebsgelände sollen Demonstrationen jeglicher Art verboten werden. Innerhalb dieser willkürlichen Sperrzone werden Anlieger ihrer Freizügigkeit und am Recht ihres Eigentums gehindert. So soll es Eigentümern und Pächtern verboten werden, auf ihren Grundstücken Gäste zu beherbergen. Die Nutzung der Atomenergie ist mit einer freiheitlichen Demokratie nicht vereinbar.

Tausende Menschen werden am Tag X Zivilcourage zeigen. Sie werden deutlich machen, daß sie mit dieser sinnlosen und gefährlichen Atompolitik nicht einverstanden sind.

### Geld & Spenden...

Unsere Arbeit (Campplanung, Rundschreiben, Telefondienst, BI-Büro usw.) kostet viel Geld. Durch unsere Finanznot sind uns viele Möglichkeiten verbaut, obwohl wir unser Möglichstes tun dies durch Phantasie und Einfallsreichtum auszugleichen. Wenn's irgendwie geht, helft uns mit einer Spende!

**Spendenkonto BBU** (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)

Stichwort: „Atommüllfreies Ahaus“

Konto: 19 002 666

Sparkasse Bonn (BLZ 380 50 000)

(mit Anschrift Spendenquittung!)

**Aktionskonto „x-tausendmal quer“**

Konto: 59 683 615

Kreissparkasse Borken (BLZ 428 513 10)

Sachspenden sind ebenso willkommen! Wir bitten um schnelle Rückmeldung im BI-Büro unter 0 25 61/96 17 91.

In Solingen findet am Sonntag, 15. 3. um 17.00 Uhr im Café Courage an der Klemens-Horn-Str. 3 ein **Vorbereitungstreffen für die, die nach Ahaus fahren wollen statt!**

# Der Natur ein Zuhause

## Biologische Station wurde in Solingen gegründet

Mit der Biologischen Station Mittlere Wupper gründete sich im vergangenen Jahr eine neue Institution in Solingen. Diese ist Teil eines landesweiten Netzwerkes von Biologischen Stationen in NRW, das eine flächendeckende Betreuung von Naturschutzgebieten (NSG), Naturdenkmälern (ND) und naturschutzwürdigen Bereichen (pot. NSG und ND) ermöglichen soll. Sie stellt zudem ein Bindeglied zwischen dem ehrenamtlichen Naturschutz als Betreibern der Stationen und den "Berufs"naturschützern der Fachbehörden dar, mit dem Ziel deren Arbeiten zu koordinieren und untereinander abzustimmen.

Bei der Förderung durch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) werden dabei zwischen projektorientierten und institutionell geförderten Stationen unterschieden. Letztere werden mit einem festen Fördervolumen bezuschußt und müssen mit diesem selbständig haushalten. Bei projektförderten Stationen schließt ein Trägerverein, bestehend aus Personen und Vereinen des ehrenamtlichen Naturschutzes einen Betreuungsvertrag mit der Kommune ab, in dem die von der Biologischen Station zu bearbeitenden Projekte genau definiert werden. Bislang werden 25 Biologische Stationen vom Land gefördert. Einen weißen Fleck bildete jedoch bisher das bergische Städtedreieck Wuppertal, Remscheid und Solingen, der nun geschlossen werden kann. Die Waldschule "Biologische Station" Solingen an der Sengbachtalsperre beansprucht nur den Namen für sich, ohne die eigentlichen Aufgaben einer Biologischen Station wahrzunehmen. Ihr Tätigkeitsbereich liegt vielmehr in der Umweltpädagogik mit Kindern und Jugendlichen.

### Trägerverein leitet Station in Solingen

In Solingen besteht der Trägerverein der Biologischen Station Mittlere Wupper aus dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), dem

Bergischen Naturschutzverein (RBN) und dem Arbeitskreis Fledertierschutz Solingen (AKFSG). Dieser Trägerverein stellte 1996 erstmalig einen Antrag zur Errichtung einer Biologischen Station, der schließlich im Juni '97 vom Rat bewilligt wurde. Im darauffolgenden Monat wurde der Betreuungsvertrag zwischen der unteren Landschaftsbehörde, der für Naturschutz zuständigen Fachbehörde, und dem Trägerverein unterzeichnet. Gewählt wurde die Form einer projektorientierten Station, d. h. in dem Betreuungsvertrag wird durch einen Leistungskatalog genau festgelegt, welche Projekte die Biologische Station in Solingen zu betreuen hat und welche Arbeiten sie somit für die Stadt erledigen muß. Im Gegensatz zu anderen Institutionen, wie z.B. der Waldschule, die einen jährlichen Zuschuß durch die Stadt in Anspruch nimmt ohne hierfür bestimmte Arbeiten als Gegenleistungen erbringen zu müssen, besteht hier ein klares ArbeitgeberInnen/ArbeitnehmerInnen Verhältnis. Dabei ist es unerheblich, ob die Arbeiten durch ehrenamtliche Tätigkeiten erledigt werden oder durch die Einstellung von hauptamtlichen MitarbeiterInnen. In Solingen hat sich der Trägerverein dazu entschlossen zwei Mitarbeiter für den Großteil der Arbeiten einzustellen. Als Auftraggeber treten das Land NRW und die Stadt Solingen auf, die die Station mit einem Auftragsvolumen von 80% bzw. 20% finanzieren. Als Novum in der Geschichte der Biologischen Stationen in NRW wird dem Trägerverein kein städtisches Gebäude kostenlos zur Verfügung gestellt, sondern es wurde das Gebäude Vogelgang 2, direkt am Botanischen Garten angemietet. Der Mietpreis wurde gegenüber dem Vermieter um 14% angehoben, so daß über diese Einnahmen rund ein Viertel des jährlichen Zuschusses wieder an die Stadt zurückfließt. Nach einer Startphase von drei Jahren mit dem alleinigen Betätigungsfeld in Solingen, muß, dies ist eine zwingende Vorgabe des Landes als Hauptfinanzier der Biologischen Station, eine Ausdehnung auf die Nachbarstädte Remscheid und Wuppertal erfolgen.

### Wissenschaftliche Betreuung von Naturräumen

Der Vertrag beinhaltet, gewichtet nach drei Prioritätenkategorien, die Betreuung der drei NSG's Ohligser Heide, Bielsteiner Kotten und Ober der Lehmkuhle, dreier potentieller NSG



Foto: Rataplan

### Das Gebäude der Biologischen Station im friedlichen Schlaf am Botanischen Garten

(u.a. die Talhänge der Wupper), sowie von fünf ND und einem pot. ND. Insgesamt umfaßt das Aufgabengebiet einen Bereich von ca. 660 ha. Zu den anfallenden Arbeiten gehören u. a. die floristische und faunistische Bestandserhebungen, die Erarbeitung von Pflegeplänen, die Dokumentation der Ergebnisse und Öffentlichkeitsarbeit.

Wie wichtig letztere in Solingen zu sein scheint, erfuhr denn auch sogleich der am 1. November eingestellte Geschäftsführer Dr. Jan Boomers. Nach einer öffentlichen Ausschreibung und über 100 Bewerbungen für die zwei benötigten Stellen, wurde er als qualifiziertester Bewerber ausgewählt. Sein Manko war allerdings, zumindest in den Augen der sogenannten "politischen" Opposition, das Engagement in einer Grünen Partei, das somit genug Angriffsfläche bot ein bißchen politischen Firlefanz zu veranstalten. Da sich die SPD davon mal wieder beeinflussen ließ, war das Resultat letztendlich, das die Stelle des wissenschaftlichen Mitarbeiters, Frank Sonnenburg, erst mit 2 ½ Monaten Verspätung besetzt werden konnte, eine Zeitspanne die für die Arbeit der Biologischen Station nun verloren ist.

#### Impressum:

#### tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.

#### Kontakt und Zuschriften:

Werwolf 57 a, 42651 Solingen

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck

Kaninenberghöhe 2, 45136 Essen

#### ViSDP und Herausgeber:

Gerd Kunde, Werwolf 57 a, Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Konto: 2 415 456 300,

BLZ 330 101 11, Kontoinh.: F. Prinz

# Bürger machen Wind zu Strom

## Interessengesellschaft möchte Windrad in Haan oder Umgebung aufstellen

Im Ortsteil Gruitzen von Solingens Nachbarstadt Haan stand (leider wörtlich zu nehmen) bis zum Sommer letzten Jahres ein 1 ½ Jahre altes Windrad. Da sich hiervon Nachbarn gestört fühlten und dagegen klagten mußte der Besitzer des Windrades zwangsläufig über einen Verkauf nachdenken. Um dieses Windrad für Haan zu erhalten, schlossen sich fünfzehn Umweltinteressierte zusammen und gründeten eine Gesellschaft, die Bürgerwindrad Haan GbRmbH, mit dem Ziel, den Bau und Betrieb eines Windrades in Haan oder Umgebung (also eventuell auch in Solingen) zu realisieren. Das Windrad in Gruitzen kommt mittlerweile für den Betrieb nicht mehr in Frage, da es Ende letzten Jahres veräußert wurde, ohne das daran bestehende Interesse der Gesellschaft zu berücksichtigen. Dennoch wollen die inzwischen 35 Gesellschafter eine umweltgerechte Energieversorgung verwirklichen. Wie soll diese nun aussehen?

### Das liebe Geld

Für ein dem Gruitener entsprechenden 500 kW Windrad muß man von einem Investitionsvolumen von maximal 1,1 Millionen DM ausgehen. Eine auf den ersten Blick enorme Summe, die aber durchaus bei genügend Interessenten aufgebracht werden kann. 600.000 DM sollen durch Eigenkapital, also Gesellschafteranteile, der Rest durch einen Landeszuschuß (80.000 DM) und durch zinsbegünstigte Darlehen finanziert werden. Das nötige Eigenkapital soll durch 600 Anteile zu je 1000 DM aufgebracht werden. Jeder Gesellschafter kann beliebig viele Anteile zeichnen, hat allerdings nur eine Stimme. Diese Regelung soll verhindern, daß zwei oder drei Großanleger die Gesellschaft ohne Mitsprache der übrigen Gesellschafter kontrollieren (Stichwort "Bürgerwindrad"). Das Gesellschafterkapital beträgt zur Zeit 77.000 DM. Unter rein finanziellen Aspekten ist eine Beteiligung an der Gesellschaft langfristig zu sehen. Nach dem derzeitigen Stromeinspeisungsgesetz müssen die für den Standort zuständigen Stromversorger den Strom zu ca. 0,17 DM/kWh abnehmen. Ergebnisse anderer Betreibergesellschaften haben gezeigt, daß nach einigen Jahren hierdurch eine durchaus akzeptable Rendite erzielt werden kann.

### Die Umweltrendite

In erster Linie sieht die Bürgerwindrad Haan GbRmbH allerdings die **Umweltrendite**. Die sofort nach Inbetriebnahme des Windrades ein-

### Die Energiewende ist machbar

Wenn wir nicht auf die gewohnte Versorgungssicherheit verzichten wollen, werden erneuerbare Energien nur einen Teil der fossilen Ener-

#### Umweltrendite eines 500 kW Windrades mit 700.000 kWh Jahresleistung

	pro kWh ( x 700.000 =)	pro Jahr ( x 20 =)	in 20 Jahren
CO <sub>2</sub>	1.114,00 g	779.800 kg	15.596.000 kg
SO <sub>2</sub>	7,10 g	4.970 kg	99.400 kg
No <sub>x</sub>	2,80 g	1.960 kg	39.200 kg
Staub	0,18 g	126 kg	2.520 kg
Atommüll	3 mg	2,1 kg	42 kg

#### Das kann ein Windrad einsparen !

setzt. Jede einzelne Kilowattstunde (kWh) Windstrom bedeutet eine Minderbelastung der Atmosphäre gegenüber der Stromerzeugung aus Kohle oder Öl. Im Laufe von 20 Jahren kommen da für ein 500 kW Windrad enorme Mengen zusammen, geht man von einer durchschnittlichen Jahresproduktion von 700.000 kWh aus.

Es wird gehofft, mit jedem Gesellschafteranteil ca. 1.160 kWh pro Jahr zu erzeugen. Jeder Gesellschafter kann, zumindestens rechnerisch, seinen eigenen Strom mit Hilfe der Windanlage erzeugen. Konkret bedeutet dies: Wer in seinem Haushalt 4.000 kWh pro Jahr verbraucht

(siehe Stromrechnung), hätte mit einer Beteiligung in Höhe von 4.000 DM seinen Strombedarf mehr als gedeckt.

Zur Zeit ist man aber noch auf der Suche nach einem geeigneten Standort. Hierbei sind besonders zwei Kriterien wichtig: Zum einen sollte am vorgesehnen Standort genug Wind wehen und zum anderen dürfen keine

geträger ersetzen können. Der mögliche Anteil erneuerbarer Energien wird allerdings noch lange nicht eingesetzt. Neben den beschriebenen umweltbezogenen Aspekten sprechen aus meiner Sicht noch folgende Aspekte für die Energieerzeugung mit Windrädern:

- Die Stromerzeugung durch Monopole wie das RWE, welche auf dem Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 beruht, führt zu dem großen politischen Einfluß des RWEs auf die Politik in NRW (siehe Garzweiler II). **Bürgerwindräder** bieten hierzu eine demokratischere Alternative.

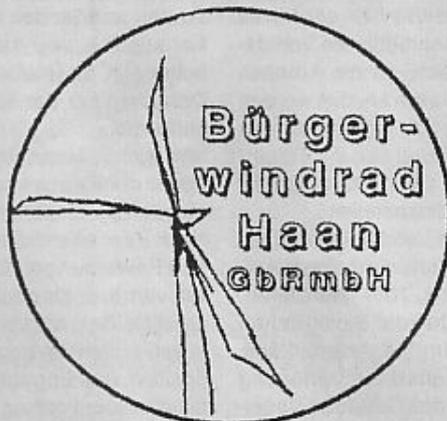
- Die besten Argumente für Energieversorgungsunternehmen (z.B. RWE) gegen Garzweiler II, Castortransporte usw. sind finanzielle. Je unrentabler diese Projekte durch Energieeinsparung und dem Einsatz regenerativer Energiequellen werden, je eher verlieren diese Unternehmen ihr Interesse daran.

- Nach einer Studie des Worldwatch Institute in den USA erfordert die Windkrafttechnik nahezu das fünffache Beschäftigungspotential wie die konventionelle Energieerzeugung.

Vor dem Hintergrund der Situation am Arbeitsmarkt ein wichtiges Argument.

Also: Nicht nur **demonstrieren** (oder Bedenken äußern) sondern **investieren** (wenn man/frau es hat). Und wer sich Windräder in Solingen nicht vorstellen kann, sollte mal darüber nachdenken, woher der Mühlenplatz seinen Namen hat.

Wer an weiteren Informationen zum Bürgerwindrad oder an einer Mitgliedschaft Interesse hat, wendet sich bitte an: Bürgerwindrad Haan GbRmbH, Am Bandenfeld 28, 42781 Haan, Telefon (02129) 2981, Telefax (02129) 95 81 02, Internet: [http://ourworld.compuserve.com/homepages/AGNU\\_Haan/windrad.htm](http://ourworld.compuserve.com/homepages/AGNU_Haan/windrad.htm)



Nachbarn beeinträchtigt werden, d.h. die nächsten Häuser müssen mindestens 500 Meter entfernt sein. In Haan gibt es nur ein Areal, das diese Anforderungen erfüllt. Leider haben beide Eigentümer auf Anfrage abgelehnt. Zur Zeit werden Realisierungschancen auf einem Gelände in Solingen untersucht. Wer ein geeignetes Grundstück kennt, möchte sich bitte bei der unten angegebenen Adresse melden.

# Klima, Wetter, Stau und Verkehr

## oder über die Logik des automobilen Wahnsinns

"Klima, Wetter, Stau und Verkehr" - mit diesen Worten überschrieb die ADAC-Postille Anfang des Jahres ihren Bericht zur 2. Weltklimakonferenz in Kyoto. Man ist von der Offiziellen dieses Vereins, der mit 13,7 Mitgliedern neben den Kirchen wahrscheinlich mitgliederstärksten Vereinigung in Deutschland darstellt, ja auch aus der Vergangenheit vernünftige und einsichtige Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Problemen gewöhnt (Stichwort "Freie Fahrt für Freie Bürger"). Daher kann es nicht verwundern, daß ADAC-Vizepräsident Dr. Erhard Öhm an der Seite vom Präsidenten des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Dr. Bernd Gottschalk steht, um den Schuldigen zu benennen, wenn es mit der Trendumkehr bei der Treibhausgasen, speziell bei den durch der Verkehr beeinflussten CO<sub>2</sub> Ausstoß nicht so richtig weitergeht.

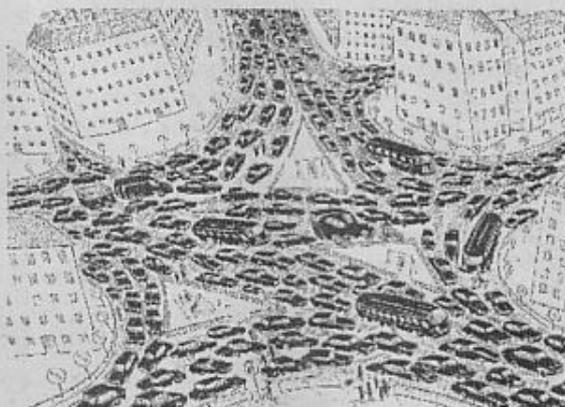
Der Schuldige ist, man höre und Staune, **der Stau** - oder vielmehr die Bundesregierung, die es versäumt habe, das Straßennetz entsprechend auszubauen.

Beim Lesen dieser Zeilen fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Natürlich - wer kennt nicht die strategischen Stauorte in Solingen und Umgebung - Schlagbaum, Aus-/Abfahrt Viehbach, Köln-Ost usw. Als umweltbewußter Autofahrer waren mir schon Bedenken gekommen, daß vielleicht mein Auto, nicht gerade das neueste und sauberste, oder vielleicht die vielen, mehr oder weniger unnötigen Fahrten - aber nein, der Stau, und noch dazu die Bundesregierung, ich wußte es ja.

Natürlich gibt es auch gleich wieder Querulanten vom Bund für Umwelt und Natur (BUND), die behaupten, auch der Abbau der Verkehrshemmnisse würde die Emission nicht drastisch senken. Sie begrüßen sogar die Staus, da diese dazu führten, daß die Verkehrsteilnehmer auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Der ADAC-

Vize weist mich aber daraufhin, daß ich mir zu dieser Mobilitäts-Verhinderungsstrategie meine eigenes Urteil bilden soll, und warnt mich gleichzeitig, hierbei die ideologische Brille zu benutzen.

Also, die Kohlendioxidemissionen (CO<sub>2</sub>) im Straßenverkehr, die zu den wesentlichen Verursachern des Treibhausklima gezählt werden, sind abhängig vom Spritverbrauch.



*Ihr steht nicht im Stau - Ihr seid der Stau*

Da ist es natürlich beruhigend zu hören, daß die deutsche Automobilindustrie in einem geradezu revolutionären Zeitraum von gerade mal 18 Jahren (1978 bis 1996) geschafft hat, den Spritverbrauch eines Pkws von durchschnittlich 9,8 l/100 km auf 7,3 l/100 km zu senken, was immerhin einer Einsparung von 25 % entspricht. Auch wenn Phantasten von Greenpeace behaupten, daß bereits heute eine Serien-PKW ("geborgt" bei Renault) mit einem Spritverbrauch von 1,9 l/100 km möglich sei, so sollte man wohl doch dem vereinten deutschen Ingenieurwissen des VDAs vertrauen, die bis zum Jahr 2005 den Verbrauch auf ca 6 l/100km

senken wollen. Hiermit wollen sie ihrem Versprechen von 1990 nachkommen, bis 2005 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des gesamten Straßenverkehrs um 25 % zu senken. Ob dies allerdings realistisch ist, ist mehr als fraglich, da eine Zunahme des Fahrzeugbestands von heute 41 Mio. auf 47 Mio. Fahrzeuge im Jahre 2010 prognostiziert wird. Das Umweltbundesamt in Berlin behauptet daher auch, daß die CO<sub>2</sub>-Fracht aus dem PKW-Verkehr sich bis 2010 gegenüber 1996 noch um 10% erhöht. In diesem Zusammenhang weist das Umweltbundesamt darauf hin, daß der Gesamtkraftstoffverbrauch nach VDA-Angaben im Jahr 1996 um über 11% unter der tatsächlich verkauften Kraftstoffmenge in Deutschland läge.

Was soll man nun davon halten? Fest steht, das Bundesumweltamt arbeitet im Auftrag der Bundesregierung - und die sind schuld am Stau und damit am Treibhausklima. Greenpeace scheidet wegen der ideologischen Brille auch aus. Also bleibt nur VDA und ADAC und mein Auto. Hieraus folgt: Mehr Straßen - weniger Staus - sauberes Klima. Und hierfür mußte nun ein Gipfel in Kyoto stattfinden?

Also, meine lieben Solinger Kommunalpolitiker, meine Forderung zum Kampf gegen das Treibhausklima: Anschluß der Viehbachtalstraße an die A 3 und an die Kohlfurt, Bau der Westtangente, Bau einer vierspurigen Straße durchs Lochbachtal, wie bis in die 70-iger Jahre geplant (zur vorsorglichen Entlastung der Viehbachtalstraße) - und wenn wir schon mal dabei sind, gleich noch eine Querspange Waldmerscheid-Höhscheid. Und das Alles bis zum Jahr 2010, wenn es auch in Solingen einige 1000 Autos mehr geben wird.

Aber vielleicht ist das Problem ja auch gar nicht der Stau auf der Straße, sondern der Stau in unseren Köpfen?

Dirk

### RARE & VINTAGE



AKTUELLE LISTE GEGEN FREIUMSCHLAG  
CITY MUSIK · TALSTR. 18 · 42697 SOLINGEN  
TEL. 0212-71680

### RARE & VINTAGE



AKTUELLE LISTE GEGEN FREIUMSCHLAG  
CITY MUSIK · TALSTR. 18 · 42697 SOLINGEN  
TEL. 0212-71680

### RARE & VINTAGE



AKTUELLE LISTE GEGEN FREIUMSCHLAG  
CITY MUSIK · TALSTR. 18 · 42697 SOLINGEN  
TEL. 0212-71680

# Sozialhilfekürzung bleibt als Drohung im Beschäftigungsprogramm

Die **tacheles** berichtete in der letzten Ausgabe unter dem Titel "Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen in Solingen?" Leider können wir das Fragezeichen streichen. Am 12. 2.98 beschloß der Rat mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP das Programm "Beschäftigungsförderung in Solingen". Nach dem Konzept soll mit Lohnzuschüssen seitens der Stadt die Beschäftigung von SozialhilfeempfängerInnen gefördert werden. Dies könnte eine sinnvolle Idee sein. Leider wird nach wie vor denjenigen, die mit der angebotenen (nach dem Konzept auch untertariflich bezahlten) Arbeit nicht einverstanden sind, die Kürzung bzw. der Entzug der Sozialhilfe angedroht. War der Protest u.a. auch der **tacheles** also ganz umsonst? Nicht ganz. Nach anfänglicher Zustimmung zum Konzept hatten die Grünen am 19. 11. beschlossen, daß alle Androhungen von Zwangsmaßnahmen aus der Vorlage gestrichen werden sollten. Die Verhandlungen darüber mit der SPD erbrachten jedoch nur einen lauen Kompromiß: Statt des Satzes "In solchen Fällen sind durch die Kürzung oder auch die Einstellung der Sozialhilfe die HilfsempfängerInnen zur Arbeitsaufnahme

anzuhalten" wurde folgender Satz eingefügt: "In solchen Fällen sind die HilfsempfängerInnen zur Arbeitsaufnahme anzuhalten. Bei der Anwendung des §25 BSHG darf die Zielrichtung allerdings nicht darauf gerichtet sein, jenseits seriöser und realisierbarer Beschäftigungsmöglichkeiten SozialhilfebezieherInnen als 'arbeitsunwillig' einzustufen mit dem finanziellen Ziel, ihnen den Sozialhilfebezug kürzen oder gar streichen zu können. Da eine beträchtliche Zahl von Menschen durchaus ein eigenes Interesse hat, durch Arbeitsangebote aus der Sozialhilfe zu gelangen, sollen diese die Zielgruppe aller Bemühungen sein." Nach wie vor ist jedoch folgende Passage in der beschlossenen Vorlage enthalten: Tritt der Sozialhilfeempfänger die ihm zugewiesene Arbeit nicht an, "...wird diese Tatsache dem Sachgebiet Hilfe zum Lebensunterhalt gemeldet, das dann die entsprechenden Maßnahmen, wie z.B. Kürzung der Sozialhilfe etc., einleitet."

Was soll man davon halten? Durch das Programm zur Zahlung von Lohnzuschüssen statt Sozialhilfe wird es in größerem Ausmaß als heute möglich sein, SozialhilfeempfängerInnen eine Arbeit zuzuweisen. Sind diese mit der Art oder der Bezahlung der Arbeit nicht einverstanden, kann ihnen das Sozialamt nach dem §25 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) die Sozialhilfe kürzen. Also kann auch die heute in Solingen schon in Einzelfällen praktizierte Kürzung oder Androhung der Sozialhilfe öfter als bisher erfolgen. Den MitarbeiterInnen des Sozialamtes wird in der Vorlage nun einerseits gesagt, die Zielrichtung sollte nicht sein, möglichst vie-

le SozialhilfebezieherInnen als arbeitsunwillig einzustufen und ihnen ihre Sozialhilfe, die ja das Lebensminimum darstellt, zu kürzen. Andererseits fordert die Vorlage einen Automatismus: Tritt der Sozialhilfeempfänger die ihm zugewiesene Arbeit nicht an, wird die Kürzung der Sozialhilfe eingeleitet. Zugleich wird als Ziel der ganzen Veranstaltung die Einsparung von Sozialhilfekosten benannt. Inzwischen wurde die Forderung des Stadtkämmerers bekannt, den Beteiligten dieses Programms und der ABM-Maßnahmen nur noch 80% des Tariflohnes zu bezahlen.

Einen weiteren Zusatz enthält die Vorlage: Legt eine Sozialhilfeempfängerin gegen die Kürzung der Sozialhilfe Widerspruch ein, so soll die Beteiligung sozial erfahrener Personen erfolgen. Außerdem soll die Verwaltung dem Ausschuß regelmäßig über die Anwendung der Kürzung der Sozialhilfe berichten.

Daß ausgerechnet "Rot-Grün" dieses Konzept beschließt und, statt der Verwaltung ausdrücklich die Kürzung der Sozialhilfe zu untersagen, einen Automatismus zur Kürzung der Sozialhilfe einbaut, ist schon vielsagend! Daß die CDU vergeblich noch eine Verschärfung des Programms beantragte (sie forderte *gemeinnützige Tätigkeiten* für SozialhilfeempfängerInnen — sogenannte 2,- DM/Stunde-Jobs — und bei Weigerung die Sozialhilfe *im Extremfall völlig einzustellen*) macht die Sache nicht besser. Dies wirft nur ein bezeichnendes Licht darauf, wie in Zeiten der massiven Arbeitslosigkeit PolitikerInnen ihre autoritären Phantasien an den Schwächsten im System ausleben wollen. Die **tacheles** wird an dem Thema weiter dran bleiben. Wenn wir von Betroffenen oder Freunden Informationen oder Artikel erhalten, die über die Androhung oder tatsächliche Kürzung von Sozialhilfe berichten, werden wir dies selbstverständlich (anonymisiert) zum Thema der **tacheles** machen. Nur Mut — laßt Euch nichts gefallen!

Dietmar Gaida



# Saddam Hussein und die neue Weltordnung

## Moderne Zeiten am Golf

Als Ex-US-Präsident Bush im ersten Golfkrieg die "neue Weltordnung" verkündete, wurden deren Konturen mit der Statuierung eines Exempels gegen Saddams Irak sichtbar: Die "freie Welt" hat den Rest der Welt unter sich aufgeteilt, und egal wie brutal sich dies für Länder und Menschen aus der zweiten und dritten Liga auswirkt, ist dies in jedem Fall die beste Welt, die man sich vorzustellen hat. Der Triumph von Politikern, Medien und sogar dem gemeinen Volk in den hochherrschaftlichen Staaten der "Völkergemeinschaft" ist perfekt, so daß jede weitere Frage entfallen kann, ob sich das wirklich so gehört und was wohl die Milliarden gebeutelten Menschen dazu sagen.

Praktisch vorgesorgt ist allemal. Schaut her, sagen die USA und ihr Gefolge: Muckt irgendwer auf, gibt's kurz eins aufs Dach. Unsere Fortschritte zeigen wollen wir euch wieder mal am Beispiel des berühmtesten Saddam: "Chirurgische Kriegsführung" mit "denkenden" Waffen, hopp hopp, das alles geht so schnell und pfeileicht ab, da braucht man noch nicht mal das Wort Krieg in den Mund zu nehmen.

Viel besser kann die sicher interessant (alles blinkt!) anzuschauende HiTech-Gewalt aus der Waffen-Formel-1 als Bildschirm-Zinnober verfilmt werden, und schon im Vorfeld geht sich die "freie Welt" regelrecht auf. Allen voran natürlich Hauptdarsteller Clinton, der vor laufenden Kameras (hat ihn bestimmt ein paar Stunden

vor dem Spiegel gekostet) möglichst unverhohlene Kriegslüsterheit mimt. Fortan tönt es aus allen Lautsprechern nur noch vom bevorstehenden "Militärschlag", den "Saddam" (das Böse nennt man bekanntlich beim Vornamen) verdient habe.

Dieser ist auch wirklich ein Schuft, betreibt Völkermord an KurdInnen und SchiitInnen, unterdrückt, exekutiert, wen er kann. Doch dies war auch bei Idi Amin (Uganda), Mobuto (Zaire), Pinochet (Chile) und vielen anderen so, die vom CIA gekürt, immer in Amerikas Gnaden standen. Das soll so doch wohl in Ordnung sein, oder warum schütteln Weltbankpräsidenten dem Massenschlächter Suharto (Indonesien) vor laufenden Kameras die Hand?

Daß es um die tatsächlichen Verbrechen Saddam Husseins auch im nächsten Golfkrieg nicht die Bohne geht, ist den meisten Leuten hierzulande bekannt und so normal wie der Gang zum Bäcker. Was soll auch schon seltsam daran sein, daß es der Kriegsgewalt ausschließlich um die Beteiligungen und Oberkontrolle der Großmächigen über die Oelpründe geht, bei denen der Irak (mit der Drohung eines potentiellen "Militärschlags" gegen Israel im Ärmel) mitmischen will, aber nicht darf. Da begreift man den modernen imperialistischen "Militärschlag" lieber als rundum gelungenes Hollywoodspektakel: Das stilisierte Böse ist auch wirklich böse, was es Böses tut, ist egal,

außer es läßt die Guten nicht die Weltpolizei spielen. Was gut ist an der großmächtigen Politik der USA und ihrer "Freunde", braucht dabei niemand zu fragen: Sie stehen von vornherein als Gewinner fest! Also: It's good to join the No. 1! Hochprozentiger Stoff, quadratisch, praktisch, gut: Prost! Über die Nebenwirkungen, schweigt man sich noch aus. Krieg ist gerade wegen seiner zerstörerischen Wirkung wieder in. Der Film wird Wirklichkeit.

Otto Mann

**„Wir haben es nötig!“**

**SoliAbos**

25 DM für ein Jahr  
BfG - Konto 241 545 6300  
BLZ 330 101 11  
Kontoinhaber ist F. Prinz  
Stichwort tachelesAbo  
Adresse angeben!



**HAWKEYE  
SPORT + WERBUNG**

**SOLINGEN**

**BRÜHLER STRASSE 74**

**☎ 810 002-3**

**Sportbekleidung  
Berufsbekleidung**

**Textildruck**

**Textilflock**

*Textil  
stick*

## Die nationalen Interessen der USA im Irak-Konflikt

Im Golfkrieg 1991 wurde die Friedensbewegung von der Bürgerlichen Presse wegen ihrer Losung "Kein Blut für Öl", als verkürzt denkende, linke Ideologen und heimliche Freunde des irakischen Diktators geschmäht. Wenn heute die gleiche Journaille, wie das Solinger Tageblatt vom 26.2.1998, schreibt: "Wie aber sehen die (gemeint sind die nationalen Interessen der USA - d. Verf.) aus, in einem Tausende von Meilen entfernten Land? Die Antwort ist einfach, hat auf deutsch nur zwei Buchstaben und lautet: Öl.", erfüllt einen dies schon mit einer gewissen Genugtuung. Die Befriedigung, Recht behalten zu haben, mischt sich jedoch sofort mit einem mißtrauischen Gefühl über das Wie und Warum dieser späten, aber dafür recht radikalen Einsicht dieser Lohnschreiber des Kapitals. Insbesondere wenn in der benannten Analyse dieses Artikel es weiter heißt: "Amerikanische Firmen, vor zehn Jahren noch Partner Nummer eins

beim irakischen Export, sind dabei ebenso aus dem Spiel wie die Konkurrenz aus Großbritannien, treuester Bündnispartner im Konflikt mit Bagdad. Zwar hätten beide damit bei einem Bombardement Iraks zunächst am wenigsten zu verlieren - was die Entschlossenheit in Washington und London zu einem Militärschlag zum Teil erklären mag."

Dies wird in dem Zusammenhang festgestellt - und dabei handelt es sich immer noch um ein Zitat aus dem bürgerlichen "Tageblatt" und nicht aus dem linken Kampfblatt "Junge Welt", daß sich "vor allem französische und russische Unternehmen - allen Drohungen aus Washington zum Trotz - die Erschließung und Förderung von mehr als 20 Milliarden Barrel gesichert" hätten. Derartige Einsichten, Konflikte auf der Grundlage materieller Interessen zu beurteilen zählte bisher nicht gerade zur Stärke dieser Klientel. Also befürchtet der unbelehrbare Marxist selbst-

verständlich eine andere Ursache in diesem Sinneswandel. Könnte da nicht etwa, nach der vermeintlichen Schlappe der US-Imperialisten gegenüber dem Kurdenschlächter Saddam Hussein, ein Sinneswandel in der deutschen Politik eingetreten sein? So etwa nach dem altem Motto: "Wenn sich die Amerikaner und Engländer dieses Geschäft versaut haben, könnten wir doch mit den Franzosen und Russen da einsteigen."

Im Irak liegt hinter Saudi-Arabien das zweitgrößte Erdölreichum und weil es "auf der Hand liegt, daß die energiefressende größte Industrie- und Autofahrnation der Welt ein vitales Interesse am dauerhaften, gesicherten Zugang zu billigen Erdöl hat" (immer noch Zitat "Solinger Tageblatt"), wären die Deutschen doch allzu blöd, sich diesen "big point" durch die "Lappen" gehen zu lassen.

H. O. Bones

## Erinnerungen an den Versuch, mit einer Luftpumpe die Windrichtung zu ändern



Nicht nur der gewählte Titel, unter dem Werner Böwing seine Lebenserinnerungen aufschrieb, hebt sich wohlwendend ab von dem ganzen Selbstbeweihräucherungs-Narzissmus vieler politischer Biographieschreiber.

Auf 350 Seiten schildert da jemand, der 1928

geboren wurde und nach dem Krieg als Antimilitarist meint die "Welt verändern" zu müssen, wie ihm als Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär von der Nomenklatura in seiner eigenen politischen Heimat Grenzen gesetzt werden. Dabei brachte der langjährige Sekretär der Solinger Baugewerkschaft Bilderbuchvoraussetzungen für eine vielversprechende Karriere mit sich: Demokratie und politische Bildung erfuhr er erstmalig in englischer Kriegsgefangenschaft. In seine Heimat - die sich inzwischen Ostzone nannte - zurückgekehrt, wollte er mitarbeiten an einem neuen Deutschland. Als hoffnungsvoller Nachwuchs-FDJ'ler rebelliert er gegen die Rechthaberei engstirniger

SED-Funktionäre und sieht sich gezwungen in den "Westen" zu flüchten. Als Zimmerer lernt er die rauhe, aber herzliche Arbeitswelt auf den Baustellen des pränatalen Wirtschaftswunder-Deutschlands kennen. Da er sich nicht als weiterbildungsresistent betrachtet, studiert er auf der 'Akademie der Arbeit' in Frankfurt unter anderem bei Professoren wie Wolfgang Abendroth und Nell-Breuning. Seine politische "Feuertau" besteht er als "Kommissar" in Wuppertal, wo er von seiner Gewerkschaft, dessen krankhaft antikommunistischer Vorsitzender damals Georg Leber war, dazu mißbraucht wurde, von der Führung abgesetzte kommunistische Funktionäre abzulösen. Obwohl er sich in dieser Sache "ziemlich mies fühlt", erfüllt er den Auftrag seiner Organisation. Als Leber ihn jedoch auffordert: "Bau dir hier dein Nest," erwidert er ihm: "In diesem Nest sind zu viele Stacheln, ich möchte dort arbeiten, wo ich demokratisch gewählt worden bin." Böwing kandidiert gemeinsam mit Johannes Rau um den Vorsitz der Wuppertaler Jungsozialisten. Rau wurde gewählt, weil Werner den taktischen Fehler begann seine Wahl mit der Bedingung zu verknüpfen, die Gründung einer Aktionsgemeinschaft gegen die Wiederbewaffnung zu unterstützen. Dabei standen Rau, der von der von der pazifistisch orientierten Bewegung des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann - "Gesamtdeutsche Volkspartei"- kam, und Böwing damals diesbezüglich auf ähnlichen Positionen. Und Johan-

nes Rau war, ohne daß er etwas dafür konnte, nicht mit dem Makel belastet, mit der Ronsdorfer Naturfreundejugend zusammen zu arbeiten, die als kommunistisch "unterwandert" galt.

Der NRW-Ministerpräsident hat übrigens ein Vorwort zu diesem Buch geschrieben. Ebenso Klaus Wiesehügel, der junge Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, der dem allzu kritischen Kollegen Böwing bestätigt, "daß es die IG-Bau-Steinerden zu seiner Zeit nicht für richtig hielt, ihn mit höheren Aufgaben zu betrauen ... (weil er) nicht mehrheitsfähig war." Wer Werners Kapitel über den zweimonatigen Streik der Fliesenleger 1967 liest, der übrigens in der offiziellen Geschichte der Bau-Gewerkschaft kaum Beachtung findet, müßte Wiesehügels kritische Bemerkung einordnen können.

Um den Inhalt des Versuches, mit der Luftpumpe die Windrichtung zu verändern nicht vollständig zu skizzieren, empfehle ich das Buch selbst zu lesen. Es lohnt sich, unter anderem auch, weil es eine ausführliche Darstellung der Friedensbewegung - bis in die 90 er Jahre hinein - enthält.

Die Lebenserinnerungen von Werner Böwing sind für DM 20,- u.a. erhältlich im örtlichen Solinger Buchhandel und über die Solinger Geschichtswerkstatt.

# Interview mit Richard David Precht über Tierrechte und die Grenzen des Menschen

Richard David Precht promovierte über Robert Musil, lebt als Essayist und Journalist in Köln und beschäftigt sich seit er zurückdenken kann mit Tieren. Sein Ende 1997 im Rotbuch Verlag erschienenes Buch "Noahs Erben - vom Recht der Tiere und den Grenzen des Menschen" ist eine umfassende Kritik bisheriger Auffassungen über das Verhältnis Mensch - Tier - Natur.

**Angesicht des kälter gewordenen sozialen Klima in dieser Gesellschaft finde ich Ihr Plädoyer für die Rechte der Tiere ziemlich mutig. Interessiert sich da heutzutage überhaupt noch jemand für?**

Die großen Probleme der Gesellschaft sind seit Menschengedenken immer dieselben. Wem gehört was und weshalb, wem geht's gut und wer fällt durch die Maschen. Dabei läßt sich etwas sehr Interessantes beobachten: Die Relevanz der jeweiligen Probleme - Arbeitslosigkeit, Hunger in der Welt, sozialer Ausgleich, ökologisches Desaster, Krieg und Frieden etc. ist nicht so sehr eine Frage danach, was objektiv das "Wichtigste" ist, sondern ebenso eine Frage der Mode. Als die Studenten 68 auf die Straße gingen, kämpften sie für Ziele wie den Frieden in der Welt und für den sozialen Ausgleich zwischen der Ersten und der Dritten Welt. Nichts davon ist heute verwirklicht. Im Gegenteil ist die Lage heute trostloser denn je, und trotzdem ist die Diskussion heute in Mitteleuropa und Nordamerika schlichtweg out - Schnee von gestern. Etwas ähnliches passiert im Augenblick mit der ökologischen Sensibilität der 80er Jahre. Sicher, die Leute sortieren heute ihren Müll, so wie wir heute als Konsequenz von 68 keine Talare mehr in der Uni haben und dafür Pornofilme im Regal, aber der Schwung ist raus. Dabei ist die ökologische Lage des Planeten katastrophaler denn je. Jahr um Jahr werden fünf Prozent der Landfläche Opfer der Flammen. Gerade mal 6 Prozent sind heute noch mit tropischen Wäldern bedeckt. Trotzdem erleben fast alle großen Naturschutzorganisationen Spendenrückgänge, und Ökologie ist kaum noch ein Wahlkampfthema. Man muß damit leben, daß sich der Akzent modisch verschiebt, und viele Leute heute anderes im Sinn haben, als ein neues Naturverständnis. Andererseits gibt es in allen großen Menschheitsfragen auch einen Grund zum Optimismus. Wie bei jeder anderen Mode auch: es kommt alles wieder, und zwar in immer kleineren Abständen.

**Sie sehen in der Bewegung gegen Massentierhaltung, Tierversuche, Gentechnik und**

**Fleischkonsum Parallelen zur rebellischen 68'er Generation.**

Da gibt es viele Parallelen. Wohlstandskinder engagieren sich mit Spaß am Aktionismus gegen das herrschende Moralverständnis der Gesellschaft und fordern: Schluß mit der Doppelmoral und der Verdrängungskultur! Wir wollen, daß die Gesellschaft sich weiterentwickelt und ethisch "besser" wird! Und wie bei den 68ern, so stellt sich auch bei den Kindern von Peter Singer und McDonalds die Gretchenfrage: Wie halten wir's mit der Gewalt. In den USA und in England gibt es autonome Tierrechtler die systematisch Terroranschläge durchführen. Die großen deutschen Tierrechtsinitiativen wie *animal peace*, lehnen Gewalt ab. Aber auch bei uns kommt es immer wieder zu Anschlägen auf Metzgereien oder Pelztierfarmen.

**Die Forderung das Verhältnis Mensch-Tier-Natur neu zu bewerten und eine dementsprechende Korrektur des vorherrschenden Weltbildes herbeizuführen ist für Sie auch eine Voraussetzung für die Befreiung der Menschen von Rassismus, Unterdrückung und Ausbeutung?**

Die Entfremdung des Menschen von der Natur und damit auch jene vom Tier geht Hand in Hand mit religiösen Daseinsbestimmungen und gesellschaftlichen Erklärungsmodellen. Je gewalttätiger der Mensch über etwas zu herrschen vermag, desto seelenloser erscheint ihm das Beherrschte. Die fehlende Sensibilität wiederum ist die Voraussetzung für die Entfaltung eines rücksichtslosen Machtsystems. Das schaukelt sich wechselseitig hoch, und ist gewiß nicht einfach zu korrigieren. Denken Sie nur an die Sklaven- und die Frauenfrage. Es dauerte Jahrtausende, bis die Sklaverei in Mitteleuropa abgeschafft war und die Gleichberechtigung der Frau ist selbst bei uns noch immer nicht vollständig erreicht. Die Frage nach der Natur und dem Umgang des Menschentieres mit anderen Tieren bewegt sich im gleichen Rahmen, der für alle Korrekturen der Macht gilt: Den anderen trotz unserer machtvollen Überlegenheit als anders zu achten, ihm das Recht zuzugestehen, in seiner Andersheit glücklich zu leben, ist die Herausforderung auch in der Tierethik.

**Der Professor für Philosophie und Direktor des "Centre for Human Bioethics" in Melbourne, Peter Singer gilt als der "Messias" der Tierrechtsbewegung. Hat Singers Theorie nicht einen gefährlichen "Pferdefuß", wenn er zum Beispiel das Leben eines gesunden Schweines im besten Schweinealter höher bewertet, als das eines Kleinkindes oder Schwerstbehinderten?**

Es gibt viele Punkte, in denen ich mich von Singer unterscheide. Singers Ansatzpunkt ist das Gleichheitsprinzip allen leidensfähigen Le-

bens. Ich hingegen gehe von der Verschiedenheit allen Lebens aus, von Art zu Art und von Gattung zu Gattung. Das hört sich vielleicht etwas haarspalterisch an, führt aber zu wichtigen Unterschieden der Argumentation und der Schlußfolgerungen. Und noch ein zweiter Punkt ist sehr wichtig: Singer unterschlägt den Art-egoismus. Jedes höherentwickelte Tier hat ein Interesse am Fortbestand seiner Art, bzw. an seinem individuellen Reproduktionserfolg. Das gilt natürlich auch für den Menschen. Man kann das nicht einfach wegwürzen und sagen, daß ist böser "Speziesismus". Was wir jedem Tier zugestehen, sollten wir auch dem Menschen zugestehen: die Angehörigen seiner Art (und hier vor allem, diejenigen, die ihm emotional nahestehen) anderen Spezies vorzuziehen und im Entscheidungsfall lieber den Säugling als einen Hund aus dem brennenden Haus zu retten.

**Mein erstes gelesenes Buch, zu dem Thema der Menschwerdung aus dem Tierreich heraus, war Friedrich Engels Schrift "Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen". Dies hat mein historisch-materialistisches Weltbild geprägt. Nebenbei gesagt, haben wir damals den Titel auf die Kurzformel vereinfacht: "Der Affe auf dem Weg zur Arbeit". Welchen Titel finden Sie sympathischer? Und welchen Stellenwert räumen Sie dem Gebrauch von Werkzeugen, der Beherrschung des Feuers, der Jagd und allgemein der Arbeit, bei der Herausbildung des menschlichen Gehirns ein?**

Der Begriff der Arbeit ist nicht festgeschrieben. Er wird in verschiedenen Zeiten und Kulturen sehr verschieden gedeutet und hat auch einen anderen Stellenwert. Die Ureinwohner Indonesiens zum Beispiel glaubten, daß die Orang-Utans "Waldmenschen" seien, die aus weiser Einsicht auf den Gebrauch der Sprache verzichteten um nicht arbeiten zu müssen. Versuchen Sie einmal mit Engels Begriff der "Arbeit" hier etwas anzufangen!

Was die "Menschwerdung" anbelangt, so weiß heute kein Wissenschaftler zu sagen, wo sie eigentlich anfängt. Beim *Australopithecus*, der als erster den aufrechten Gang wählte, beim *Homo erectus*, der die ersten Steine zurecht-klopfte, oder erst beim *Homo sapiens*, dem geschickten Werkzeugmacher und Großwildjäger. Alles drei sind völlig verschiedene "Arten", die ausgesprochen lose miteinander verwandt sind.

Im übrigen gehen heute fast alle bedeutenden Paläoanthropologen davon aus, daß das Sozialverhalten der wichtigste Motor der menschlichen Evolution ist. Die damit zusammenhängenden Fähigkeiten verbrauchen übrigens auch die meiste Speicherfläche im Gehirn. Doch weder das Sozialverhalten, noch eines der anderen

wunderschönen Kriterien, die sich Menschen ausgedacht haben, um ihre Sonderstellung zu rechtfertigen, reicht wirklich hin, im Menschen etwas völlig Außergewöhnliches zu sehen: weder die Arbeit, noch der Gebrauch von Werkzeugen, die sogenannte "Vernunft", die Willens- und Entscheidungsfreiheit oder die Sprache. Entweder Sie finden manches davon auch im Tierreich - Schimpansen die Werkzeuge gebrauchen, Wale, die eine hoch komplexe Sprache besitzen etc. - oder aber sie finden es nicht bei allen Menschen. Denken Sie an die von ihnen angesprochenen Säuglinge und Schwerstbehinderten. Es gibt kein Kriterium, das *alle* Menschen von *allen* Tieren unterscheidet.

**Was bedeutet das alles für die Praxis? Dürfen wir Tiere nicht mehr essen, weil wir uns von ihnen nicht klar unterscheiden? Doch ohne fleischliche Ernährung könnten zum**

**Beispiel Eskimos nicht leben. Sie schreiben ja auch, daß das Züchten, Töten und Fresen von Tieren eine historische Notwendigkeit war für die Existenz unserer heutigen menschlichen Kultur und Zivilisation. Warum sollte dies heute anders sein?**

In der Arktis oder in Wüstengebieten kann man kein Vegetarier sein. In Westeuropa hingegen muß niemand heute noch Fleisch essen, um gesund zu leben. Jeder Arzt kann dies bestätigen. Wir fügen Tieren millionenfaches Leid zu, nur für Gaumenfreuden. Da ist es immer gut zu wissen, daß die Grenze von Mensch und Tier in der bestehenden Form Unsinn ist. Denken Sie nur an den schönen Vers von Franz Josef Degenhardt: "Man verzehrte Artgenossen, selbst das liebenswerte Schwein / Doch die aufrecht gehen konnten, fraß man nicht - man grub sie ein!"

**Bei Diskussionen über Ihr Buch melden sich nicht nur, über den Vorwurf der "Lusttötung" empörte Jäger zu Wort, sondern auch Menschen, die eine "Reduzierung der menschlichen Rasse" einfordern. Sind Tierrechtler und -Schützer besonders empfänglich für sozialdarwinistische Ideen?**

Wo es um Ethik geht, tummeln sich viele Spinner. Das ist überall so, und natürlich gibt es auch im Umfeld von Tierrechtsbewegungen den einen oder anderen Idioten. Selbstverständlich ist die Bevölkerungsexplosion ein gewaltiges ökologisches und soziales Problem, nicht nur für Tierrechtler. Aber kein Tierrechtler, den ich kenne, forderte eine gewaltsame Reduzierung der Menschen. Die Idee besteht ja darin, alles leidensfähige Leben zu achten und damit selbstverständlich auch das des Menschen.

H.O.Bones

## "Mit 100 kleinen Schritten ins nächste Jahrtausend"

Die multikulturellen Aktionstage zur Agenda 21.

3. Internationale Jugendkonferenz vom 27.-29.Mai 1998 in Solingen.

Drei Tage Zusammenleben, gemeinsam in Workshops Arbeiten und Spaß haben für nur DM 30.-

Hast Du Dir schon mal überlegt wie die Welt aussieht, wenn Du so alt bist wie Deine Eltern oder Deine Großeltern? Dir sind bestimmt schon mal Zweifel gekommen, ob die Erwachsenen wirklich immer so genau wissen was sie tun.

Einige Leute haben erkannt, daß auf der Welt etwas schief läuft.

Auf dem Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro wurde ein Konzept zur Umwelt- und Entwicklungspolitik ausgearbeitet, die Agenda 21. Dieses Konzept soll das Leben im 21. Jahrhundert wirtschaftlich, bevölkerungspolitisch, landwirtschaftlich und umweltpolitisch verändern. Nicht nur die Politikerinnen und Politiker sollen sagen wo es lang geht, wichtig ist, daß alle zusammen etwas tun.

Wenn Du im Alter zwischen 14 und 20 Jahren bist, hier hast Du die Chance dazu.

Wir laden Dich zur 3. Internationalen Solinger Jugendkonferenz ein.

Vom 27.-29. Mai "wohnst" Du mit 120 anderen Jugendlichen aus Solingen zusammen.

In kleinen Gruppen könnt Ihr zu dem Thema AGENDA 21 Eure eigenen Aktionen durchführen.

Wenn Du zum Beispiel Lust hast nachts Fledermäuse zu beobachten, bist Du im Workshop "Zwischen Batman und Heuschrecke" richtig.

Du kannst sogar langfristig Deine Möglichkeiten zur Mitsprache beeinflussen, wenn Du Dich im Workshop "Wir gehen in die Stadt! Über die Kö (Inerstaße) zum Mc Graf 2000?" oder "Nimm die Zukunft in die Hand" engagierst und Deine Vorstellungen einbringst.

Vielleicht interessierst Du Dich mehr für künstlerisches Schaffen, dann bietet Dir der Workshop "Speck Tag Cool Leer" ein Spektakel der besonderen Art.

Die Produkte werden dann bei der großen Abschlußveranstaltung am Freitag vorgestellt bzw. aufgeführt.

Also willst Du selbst etwas bewegen oder bewegt werden?

**Infos bei: Jugendförderung - Jürgen Beu - Burgstr. 101 - 42655 Solingen  
fon 2902760 - fax 2902764**

# LeserInnenbriefe

Lieber Gerd Kunde, liebe NutzerInnen des Bibo,

Ich habe den Artikel "Spiel nicht mit den Schmuttelkindern" mit großem Interesse gelesen und möchte an dieser Stelle nicht auf die Befindlichkeiten, Enttäuschungen, persönlichen Animositäten eingehen, die angeblich zwischen Noch-Grünen und Ex-Grünen bestehen. Ich habe - die meisten von Euch werden das wissen - einige Jahre im Bibo und mit dem Bibo arbeiten müssen und fühle mich als Arbeitnehmerin in dem Artikel doch sehr unterrepräsentiert. Das Bibo lebt(e) vom gemeinsamen Geben und Nehmen. Der Gedanke "Die Grünen haben das meiste Geld, also zahlen sie auch das meiste," ist schlüssig. Aber nur, wenn dann auch eine Definition des "Geberanteils" all der anderen Gruppen kommt. Da reicht es nicht zu sagen, wir machen für die Stadt ganz wichtige Arbeit. Das tun die Grünen auch, und auch sie tun es ehrenamtlich!!! (Außer natürlich wir Angestellten, die für ihren Job bezahlt werden.) Der Artikel ist m. E. repräsentativ für die ganze Zeit, die ich hier erlebt habe: mit keinem Wort werden mögliche Fehler der Gruppen benannt (natürlich hat niemand behauptet, der Computer sei geklaut worden, aber ohne Absprache mit anderen Gruppen des Ökofonds, die den leider genau in der Zeit brauchten, als er weg war, kann man eigentlich Gemeinschaftseigentum nicht einfach "ausleihen"). Es wimmelt von Vorwür-

fen an die grünen "Geldsäcke", aber die eigene Rolle in einem Zusammenhang zu reflektieren, der existentiell auf Zusammenarbeit angewiesen ist, scheint nicht möglich. Was soll die Bildunterschrift "Schon am Eingangsschild wird deutlich, wer hier die Macht will"? Wenn jemand sich ein Schild kauft, kann er da doch wohl draufschreiben lassen, was er will! Wenn die tacheles-Leute sich Getränke kaufen, ist es völlig legitim, daß sie sie selber trinken. Deshalb wohl waren sie immer im tacheles-Raum eingeschlossen. Das hat nichts mit Macht zutun, sondern mit einer von allen geteilten Eigentumsdefinition!!! Gescheitert ist das Bibo nicht an der Frage, wem gehört was. Gescheitert ist das Bibo an der Unfähigkeit **aller** (!!!), mit Gemeinschaftsgut (Einrichtungen, Geld, Renovierungstau etc.) umzugehen, die auszubaden an uns Angestellten hängen blieb. Und das ist nicht fair. Wenn ein anderes, sozialeres Umgehen miteinander propagiert wird - und das nahmen und nehmen alle Bibo-Gruppen für sich natürlich und ganz selbstverständlich in Anspruch! - dann muß das für **alle** gelten. Da das nicht umzusetzen war, wird es das Bibo ab dem 31. März 1998 nicht mehr geben. So lange nicht, bis sich Gruppen finden, die die Verantwortung für sich und ihr Tun tatsächlich übernehmen und nicht nur im Mund führen!

Susanne Fingscheidt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Laut Grünen-Sprecherin suchen die "Untermieter" des "BIBO" die Schuld nicht bei sich selber. Wenn man von einer Schuld an dem Zerwürfnis der Bürgerinitiativen und den Grünen sprechen will, wäre den Bürgerinitiativen eine gewisse Blauäugigkeit gegenüber Parteien und Parteimitgliedern in ihren Reihen zu bescheinigen. Wenn Parteien oder deren Mitglieder sich in Bürgerinitiativen, Frauenverbände und weiteren Organisationen einbringen, sollte man/frau dies mit einer gewissen Vorsicht genießen.

Parteien geht es um die Macht. Wenn sie diese noch nicht haben, versuchen sie, diese in Bürgerinitiativen u.s.w. zu bekommen und möglichst ihre Interessen dort durchzusetzen. Sind sie dann dank ihrer Steigbügelhalter einigermaßen etabliert, werden KritikerInnen entweder als nicht überparteilich bezeichnet, oder die Klos sind verdreckt oder wer weiß was sonst noch, und plötzlich nicht mehr gut genug.

Parteimitglieder, egal welcher Partei auch immer, die in Bürgerinitiativen, Frauenverbänden und anderen gemeinnützigen Organisationen sich einbringen möchten, sollten dies als Privatpersonen, die sich für etwas aus persönlichem Interesse engagieren möchten, tun, und nicht für ihre Partei.

Zu den Grünen wäre noch zu sagen, daß sie vor gar nicht langer Zeit selbst "Schmuttelkinder" waren und jetzt, wo sie etabliert sind, davon plötzlich nichts mehr wissen wollen. Mit freundlichem Gruß

Hannelore Dauben



Jeden Donnerstag DJ-Tag ab 20.00 Uhr  
Solingen - Werwolf 28 - Tel.: 20 54 65

## Gruppen + Treffpunkte

**AG Weiße Rose:** Treff jeden Di. 18 Uhr im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

**amnesty international:** Treff jeden ersten Mi. 20 Uhr, Kontakt unter 4 15 78

**Antifa Bergisches Rheinland** c/o Infoladen, Postfach 10 09 31, 42609 Solingen

**Bürgeraktion Contra Westtangenten:** Treff jeden ersten Do. 18.00 Uhr im Gemeindezentrum der Lutherkirche, Kontakt unter Tel.: 1 78 45

**Café Courage:** Klemens-Horn-Str. 3, Geöffnet: Mo. 15 - 19 Uhr, Di. - Fr. 11 - 19 Uhr (Frauen), Sa. 10 - 14 Uhr (Familientag), Tel.: 27 36 35, Fax: 17198

**Café International:** Treff jeden ersten Fr. im Monat, 19 Uhr, Wupperstr. 120

**Den Krieg überleben:** Kontakt: H. Reckwerth, Am Eckbusch 39/85, Wuppertal, Tel.: 72 25 23

**Frauengruppe International im Frauenverband Courage:** Treff Fr. 20. 3. 97, 19.30 Uhr und danach 14tägig im Café Courage

**Frauenhaus:** Telefon: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Albrechtstr. 12, Tel.: 5 54 70

**Graue Panther:** Werwolf 57a, Tel.: 20 70 14

**Lesbentelefon:** Mo. 20-22 Uhr, Tel 0202 / 44 08 08

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Telefon: 8 05 23

**RBN:** Kontakt: Tel. 32 96 42

**Schwuler Stammtisch:** Jeden Fr. 20 Uhr im Café Cobra, Merscheider Str. 77-79

**SJD-Die Falken:** Richard-Wagner-Str. 96, Tel.: 58 61-87

**Solinger Appell:** Treff: Do. 19. 3. 97, 19.30 Uhr Werwolf 57a, 42651 Solingen

**tacheles:** Werwolf 57a, 42651 Solingen

**SOS-Rassismus:** Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

**Türkischer Volksverein:** Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45, Mo., Di., Mi. 18-21 Uhr Folklore für Jugendliche, Do. Treff des Türkischen Volksvereins, Fr. 18-21 Uhr Folklore für Kinder, Sa., So.: Café und Vorträge im Intertreff

**VVN / Bund der Antifaschisten:** Kontakt: Nicole Thiele, Solingen, Neustr. 27, Tel.: 81 95 15

## Bürgerfunk

Bürgerfunk - das andere Radio! 19.04 h über den lokalen Sender 94,3 MHz u. 99,95 MHz (Kabel).

Sa 14.03.

**Studiowelle 2 Doppelkopf** - eine Sendung der Solinger AIDS-Hilfe

So 15.03.

**Bergischer Mundartstammtisch** präsentiert vom Bergischen Pitter Stechur Gewerkschaftsmagazin

Mo 16.03.

Di 17.03.

Mi 18.03.

Do 19.03.

Fr 20.03.

Sa 21.03.

So 22.03.

Mo 23.03.

Di 24.03.

Mi 25.03.

Do 26.03.

Fr 27.03.

Sa 28.03.

Mo 30.03.

**Studiowelle 2** Doppelkopf - eine Sendung der Solinger AIDS-Hilfe

**Bergischer Mundartstammtisch** präsentiert vom Bergischen Pitter Stechur Gewerkschaftsmagazin

**Studiowelle 2** Soultrips

**Radio Kraftstation**

**Radio Kraftstation**

**Radio Klingenstadt**

**Studiowelle 2** Rückblende - Musik-Special

**Studiowelle 2** Komm on Air

**Radio Grüne Welle** Sendung der Kreisjägerschaft

**Kreuzblende** Sendung des Katholischen Bildungswerkes (KBW)

**Kreuzblende** Sendung des KBW

**Radio Kraftstation** Subotnix

**Radio 8**

**De Hangkgeschmedden** Mundartsendung in Solinger Platt

**Kreuzblende** Sendung des KBW

## Termine

**17. 3. Abstimmung über den Bürgerantrag gegen Kissel** Die Unterkommission des Rates zur Vorberaterung von Anregungen und Beschwerden stimmt über den Antrag von 110 SolingerInnen ab, dem Volksverhetzer und Auschwitzleugner Kissel im Rahmen des rechtlich möglichen keine Bauaufträge und Wohnungsbaufördermittel mehr zu geben und an keinen Treffen mit der Bauinnung mehr teilzunehmen, solange Kissel deren Obermeister ist. Überörtliche Presse ist eingeladen - es wird bestimmt interessant. Rathaus Cronenberger Str., Sitzungssaal 102, 15.00 Uhr

**23. 3. Die Solinger Fabrikzerstörungen im März 1848** Vortrag zu Vorgeschichte und Verlauf dieses Auf- ruhrs am Anfang der Revolution 1948/49, Veranstaltungsraum der Stadtparkasse Solingen, 19.30 Uhr

**24. 3. Die unsichtbare Front** Buchvorstellung und Vortrag zu Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten (1933 - 1945) in der Begegnungsstätte Alte Synagoge, Wuppertal, 19.30 Uhr

**25. 4. Antifa Soli Konzert** der Antifa Bergisches Rheinland im AJZ Wermelskirchen

**27. - 29. 5. 3. Internationale Jugendkonferenz** - Mit 100 Schritten ins nächste Jahrtausend

## 5. Jahrestag des Brandanschlages

**15. 05. 98 Aktionstag im Intertreff** von 18:00 - 21:00 Uhr mit Filmen, Ausstellung und Diskussionen

**27. 05. - 29. 05. 98 Jugendkonferenz "Mit 100 kleinen Schritten ins nächste Jahrtausend"** in der Schule Uhlandstraße und anderen Örtlichkeiten

**27. 05. 98 Bildungsveranstaltung "Rassismus im Betrieb"** von 10:00-16:00 Uhr im DGB-Haus Kölner Str.

**27. 05. 98 Christlich Muslemischer Gottesdienst** um 19:00 Uhr, Ort noch nicht definitiv

**28. 05. 98 Aktionstag Courage** von 10:00 - 16:30 Uhr in der evang. Bildungsstätte Hackhauser Hof - Thema: Zwischen Ghetto und Gemeindezentrum (Interkulturelle Jugendarbeit in der OT)

**28. 05. 98 Konferenz Landeszentrum für Zuwanderung** von 10:00 - 18:00 Uhr Stadttheater, City Club Hotel

**28. 05. 98 Podiumsgespräch** Thema: "Demokratie in Gefahr!? - Fünf Jahre nach dem Solinger Brandan- schlag" von 19:00 - 21:00 Uhr Stadttheater-Konzertsaal

**28. 05. oder 29. 05. 98 Bürgerfunksendung der Radiowerkstätten** Gemeinschaftsproduktionsendung zum Jahrestag des Brandanschlages

**29. 05. 98 Mahnwache** von 12:00 - 12:30 Uhr Alter Markt bzw. Frohnhof incl. der 3 Gedenkminuten

**29. 05. 98 Gedenkveranstaltung am Mahnmal** um 19:00 Uhr an der Mildred Scheel Schule

**30. 05. 98 Demonstration gegen Naziterror und Rassismus** um 12.30 Uhr in der Solinger Innenstadt organisiert u.a. vom Solinger Appell und der VVN/BdA

MARC KIRCHHOFM - Programm

STADTTHEATER SOLINGEN

THE WAVE FREITAG 30.03

HELLA VON SINNEN 18.04

GETAWAY!

THINK ABOUT MUTATION 13.03  
STAHLWERK-Club, Düsseldorf

CULTURED PEARLS 17.03

HOSSA PARTY 2: GUILD OF AUSVERKAUFEN & die ortho. Damen Strümpfe Ab 22.30 HOSSA PARTY 2 Live! 21.03

ANDY SCOTT'S SWEET 23.03

CLAWFINGER 30.03

Bill Evans & Push 31.03

TRESEN LESEN 06.04

The Notwist 11.04

TAB TWO 19.04

PADDY GOES TO HOLYHEAD 20.04

MARKUS PROFITLICH 21.04

DER TELÖK 12.05

J.B.O. 19.05

IN VORBEREITUNG: THE TEMPTATIONS 19.05  
ERIC BURDON 23.05

JEDE WOCHE 300 MINUTES HIP HOP HOUSE HEART FROM WEALE ALTERNATIVE Mi  
DIE WIGDE 13.05.03 WACHSTUMSWECHSEL Do  
SCHWEISS NASS 17.05.03 ALTERNATIVE POP DISCO HOUSE Fr  
NIGHTSHEET 20.05.03 ALTERNATIVE POP DISCO HOUSE Sa  
GROOVE INVASION 27.05.03 Acid-Jazz HipHop Soul Alternative 70ies So  
HERZ BEIßT HAIFISCH 28.3